

N i e d e r s c h r i f t

**der 42. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
27.03.2013**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 14:06 Uhr bis 21:08 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	Teilnahme ab 14:09 Uhr
Herr Jürgen Busse	CDU	
Herr Lothar Dieringer	parteilos	
Herr Roland Hildebrandt	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Raik Müller	CDU	
Herr Frank Sänger	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	Teilnahme ab 14:16 Uhr
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Herr Michael Sprung	CDU	
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE	
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE	Teilnahme ab 14:47 Uhr
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE	
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE	
Frau Birgit Leibrich	parteilos	Teilnahme bis 21:04 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE	
Herr Rudenz Schramm	parteilos	Teilnahme ab 17:15 Uhr
Herr Olaf Sieber	DIE LINKE	Teilnahme ab 14:37 Uhr
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE	
Herr René Trömel	DIE LINKE	
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE	Teilnahme bis 20:29
Herr Robert Bonan	parteilos	Teilnahme von 15:06 bis 17:27 Uhr
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Thomas Felke	SPD	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Frau Katharina Hintz	SPD	Teilnahme ab 17:20 Uhr
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	Teilnahme ab 14:07 Uhr
Frau Beate Fleischer	FDP	
Herr Andreas Hajek	parteilos	Teilnahme bis 20:08 Uhr
Herr Gerry Kley	FDP	
Frau Katja Raab	FDP	
Herr Denis Häder	MitBÜRGER für Halle	
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	Teilnahme von 14:09 bis 19:40 Uhr
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Christian Feigl	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Gerhard Pitsch	NPD	Teilnahme ab 14:40 Uhr

Herr Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister
Herr Egbert Geier	Bürgermeister
Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter
Frau Anja Schneider	Verwaltung

Entschuldigt fehlen:

Herr Harald Bartl	parteilos
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU
Herr Uwe Heft	parteilos
Herr Gottfried Koehn	SPD
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/ Volkssolidarität
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter

Herr Thomas Adams zum Ammendorfer Bad

Herr Adams äußerte sich zum 1933 eröffneten Sommerbad Ammendorf und wies darauf hin, dass das Maya Mare keine Alternative für das Freibad sei. Er könne nicht verstehen, dass auf dem Gelände ein weiterer Sportplatz entstehend solle, davon gäbe es genug in der Stadt. Das Bad habe eine 89jährige Geschichte und würde zur Heimatverbundenheit beitragen. Das Sommerbad war stets beliebt und gut besucht.

Den geplanten Abriss könne er nicht nachvollziehen, denn das Bad gehöre seiner Meinung nach zu Halle, wie Händel oder die Parkeisenbahn. Eine Beseitigung dieser Gemeinschaftsanlage wäre nicht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger.

Herr Adams verwies darauf, dass er auch schon im Januar dieses Jahres ein ausführliches Schreiben zu diesem Thema an Herrn Oberbürgermeister mit der Bitte geschickt habe, dass das Bad wieder eröffnet werden solle.

In diesem Zusammenhang fragte Herr Adams an, wie das Bad erhalten und ob es wieder in Betrieb genommen werden könne.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, berichtete dazu in Vertretung des Beigeordneten für Wirtschaft und Wissenschaft, dass es einen Stadtratsbeschluss gebe, der das Bad entwidmet habe und im Zuge der Bildung der Bäder GmbH ganz bewusst gesagt wurde, dass dies jetzt keine öffentliche Einrichtung mehr sei. Die Zielsetzung der Stadtverwaltung sei aufgrund des Zustandes der Abriss des Bades.

Die Frage, ob es wieder eröffnet werde, könne somit nicht beantwortet werden und wenn Jemand Interesse dafür habe, müsste ein Nutzungskonzept vorgelegt werden, welches für die Stadt keine Kosten mit sich bringe. Dies sei bisher gescheitert und nach seinem letzten Stand stehe das Bad deshalb auf der Abrissliste von städtischen Objekten.

Herr Beigeordneter Stäglin wies auch darauf hin, dass Herr Adams eine umfassende Antwort zu seinem Schreiben bekommen und sich an diesem Sachstand nichts geändert habe.

Herr Stefan Lauter zu Baumfällungen in der Fiete-Schulze-Straße

Herr Lauter meldete sich als Mitglied des Arbeitskreises Hallescher Auenwälder und informierte, dass am 28. Februar eine Petition des Arbeitskreises zu den Baumfällungen in der Fiete-Schulze-Straße an die Stadtverwaltung rausgegangen sei und er fragte dazu an, weshalb es bis jetzt noch keine Antwort dazu gegeben habe.

Dazu stellte **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, fest, dass die Antwort unterschrieben und auf dem Postweg sei. Er habe auch schon in der öffentlichen Beigeordnetenkonferenz die Haltung der Stadtverwaltung geschildert, aus der klar

hervorging, dass, wenn es gelinge, die Finanzierung für die Maßnahme sicherzustellen, diese so wie geplant umgesetzt werde.

Er wies darauf hin, dass die vorgeschlagenen Alternativen geprüft worden sind und eine ausführliche Begründung der Maßnahmen im Antwortschreiben dargelegt wurde.

Herr Lauter ergänzte dazu, dass aus seiner Sicht die Fällung gesetzwidrig erfolgt sei.

Dazu teilte **Herr Beigeordneter Stäglin** mit, dass die Fällung im Rahmen der Möglichkeit einer Ausnahme und auf gesetzlicher Grundlage durchgeführt wurde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen von Einwohnern. **Herr Lange, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates**, beendete die Einwohnerfragestunde.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 42. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **stellvertretenden Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Hendrik Lange**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig seien 44 Mitglieder des Stadtrates (78,6 %) anwesend.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Lange, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates, bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- 6.1.1 Änderungsantrag des Stadtrates René Trömel (Fraktion DIE LINKE) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 (Vorlagen-Nr.: V/2012/11037)
Vorlage: V/2013/11481
im Finanzausschuss zurückgezogen
- 6.1.2 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 (Vorlagen-Nr.: V/2012/11037)
Vorlage: V/2013/11487
im Finanzausschuss zurückgezogen
- 6.1.3 Änderungsantrag des Stadtrates Swen Knöchel (Fraktion DIE LINKE) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 (Vorlagen-Nr.: V/2012/11037)
Vorlage: V/2013/11563
Änderungen in die Vorlage der Verwaltung übernommen

- 6.4 Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zur Organisation des ÖSPV (Kap. 6)
Vorlage: V/2013/11394
im Planungsausschuss vertagt
- 6.5 Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zum Regionalbusverkehr (Kap. 7.3)
Vorlage: V/2013/11400
im Planungsausschuss vertagt
- 7.1 Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) zur Optimierung des Kreuzungsverkehrs am Franckeplatz
Vorlage: V/2013/11352
im Planungsausschuss vertagt
- 7.2 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Braunkohlesanierung
Vorlage: V/2012/11266
vom Antragsteller für erledigt erklärt
- 7.2.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Braunkohlesanierung (V/2012/11266)
Vorlage: V/2012/11302
Bezugsantrag vom Antragsteller für erledigt erklärt
- 7.4.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu einem Tarifmoratorium der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH) (V/2012/11187)
Vorlage: V/2012/11260
im Finanzausschuss vom Antragsteller für erledigt erklärt
- 7.6.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Nutzung eines Gebäudes für den Eishockeyfanclub (Vorlage-Nr.: V/2012/11274)
Vorlage: V/2013/11478
im Planungsausschuss für erledigt erklärt

Auf die Nachfrage von **Herrn Krause, SPD-Fraktion**, ob der Tagesordnungspunkt

- 6.1.5 Änderungsantrag des Stadtrates Werner Misch (CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)) zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011"-V/2012/11307 - hier Produkt 1.55101
Vorlage: V/2013/11583

nicht schon erledigt sei, stellte **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat**, dar, dass sich im Finanzausschuss darauf verständigt wurde, dass der TOP auf die Tagesordnung gesetzt werde und die Stadtverwaltung dazu einen Deckungsvorschlag unterbreiten sollte. Die Verwaltung hatte sich im Finanzausschuss dazu bereit erklärt.

Herr Lange informierte, dass nachfolgende Änderungsanträge auf die Tagesordnung zu setzen sind:

- 6.1.4 Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion, der SPD-Stadtratsfraktion und der FDP-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011 (Vorlagen-Nr. V/2012/11037)
Vorlage: V/2013/11578
- 6.1.5 Änderungsantrag des Stadtrates Werner Misch (CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)) zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011"-V/2012/11307 - hier Produkt 1.55101
Vorlage: V/2013/11583
- 6.3 Widerspruch des Oberbürgermeisters gegen den Beschluss des Stadtrates vom 27. Februar 2013 zum Parken auf überbreiten Bürgersteigen (Vorlage-Nr.: V/2013/11436)
Vorlage: V/2013/11553

Herr Lange wies darauf hin, dass die Stellungnahme des Landesverwaltungsamtes an alle Stadträte verteilt wurde.

- 6.7.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Vorlage "Aufhebung der Vereinbarung zwischen dem Landesverwaltungsamt und der Stadt Halle (Saale) zur Haushaltskonsolidierung vom 27.06.2012" (Vorlagen-Nr. V/2013/11495)
Vorlage: V/2013/11579
- 6.7.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Vorlage "Aufhebung der Vereinbarung zwischen dem Landesverwaltungsamt und der Stadt Halle (Saale) zur Haushaltskonsolidierung vom 27.06.2012" (Vorlage: V/2013/11579)
Vorlage: V/2013/11586
- 7.3.1 Änderungsantrag des Stadtrates Dietmar Wehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) an allen städtischen Schulen bis 2025 (Vorlage: V/2013/11353)
Vorlage: V/2013/11585
- 7.3.2 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zum Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) an allen städtischen Schulen bis 2025 (Vorlagen-Nr.: V/2012/11353)
Vorlage: V/2013/11535
- 7.3.3 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM zum Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle an allen städtischen Schulen bis 2025 (V/2013/11353)
Vorlage: V/2013/11601

- 7.3.4 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) an allen städtischen Schulen bis 2025 – (Vorlage: V/2013/11353)
Vorlage: V/2013/11605
- 7.8 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Sondernutzung in der Leipziger Straße
Vorlage: V/2013/11366
- Herr Lange** wies darauf hin, dass der Antrag am 21.03.2013 entsprechend geändert wurde.
- 8.3.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle [V/2013/11533]
Vorlage: V/2013/11600
- 8.7.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Abbildung der Leistungsebene in der Haushaltsplanung (Vorlagen-Nummer V/2013/11502)
Vorlage: V/2013/11602

Herr Lange informierte darüber, dass folgende Dringlichkeitsanträge vorliegen:

- 8.14 Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Berufung eines Sachkundigen Einwohners in den Sportausschuss
Vorlage: V/2013/11580
- 8.15 Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Berufung eines Sachkundigen Einwohners in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss
Vorlage: V/2013/11581
- 8.16 Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Berufung eines Sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Wissenschaft- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung
Vorlage: V/2013/11582
- 8.17 Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten
Vorlage: V/2013/11589
- 8.18 Dringlichkeitsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Bildungsausschuss
Vorlage: V/2013/11595
- 8.19 Dringlichkeitsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten
Vorlage: V/2013/11598

Herr Lange bat um Blockabstimmung zur Dringlichkeit der Anträge.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

zur Aufnahme auf die Tagesordnung mit mehr als 2/3 Mehrheit

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Lange, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschriften
 - 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 21.11.2012
 - 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 12.12.2012
 - 3.3 Genehmigung der Niederschrift vom 30.01.2013
 - 3.4 Genehmigung der Niederschrift vom 27.02.2013
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Bericht des Oberbürgermeisters
6. Beschlussvorlagen
 - 6.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011
Vorlage: V/2012/11037
 - 6.1.1 *Änderungsantrag des Stadtrates René Trömel (Fraktion DIE LINKE) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 (Vorlagen-Nr.: V/2012/11037)*
Vorlage: V/2013/11481 abgesetzt
 - 6.1.2 *Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 (Vorlagen-Nr.: V/2012/11037)*
Vorlage: V/2013/11487 abgesetzt

- 6.1.3 *Änderungsantrag des Stadtrates Swen Knöchel (Fraktion DIE LINKE) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 (Vorlagen-Nr.: V/2012/11037)*
Vorlage: V/2013/11563 *abgesetzt*
- 6.1.4 *Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion, der SPD-Stadtratsfraktion und der FDP-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011 (Vorlagen-Nr. V/2012/11037)*
Vorlage: V/2013/11578
- 6.1.5 *Änderungsantrag des Stadtrates Werner Misch (CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)) zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011"-V/2012/11307 - hier Produkt 1.55101*
Vorlage: V/2013/11583
- 6.2 *Widerspruch gegen den Beschluss des Stadtrates vom 27. Februar 2013 zur Vorlage von personalrechtlichen Angelegenheiten im Hauptausschuss, Vorlage-Nr.: V/2013/11380*
Vorlage: V/2013/11539
- Gemeinsamer Antrag der CDU-Stadtratsfraktion und der FDP-Fraktion zur Vorlage von personalrechtlichen Angelegenheiten im Hauptausschuss*
Vorlage: V/2013/11380
- Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum gemeinsamen Antrag der CDU-Stadtratsfraktion und der FDP-Fraktion zur Vorlage von personalrechtlichen Angelegenheiten im Hauptausschuss, V/2013/11380*
Vorlage: V/2013/11599
- Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum gemeinsamen Antrag der CDU-Stadtratsfraktion und der FDP-Fraktion zur Vorlage von personalrechtlichen Angelegenheiten im Hauptausschuss (V/2013/11380)*
Vorlage: V/2013/11508
- 6.3 *Widerspruch des Oberbürgermeisters gegen den Beschluss des Stadtrates vom 27. Februar 2013 zum Parken auf überbreiten Bürgersteigen (Vorlage-Nr.: V/2013/11436)*
Vorlage: V/2013/11553
- Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Parken auf überbreiten Bürgersteigen*
Vorlage: V/2013/11436
- 6.4 *Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zur Organisation des ÖSPV (Kap. 6)*
Vorlage: V/2013/11394 *abgesetzt*
- 6.5 *Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zum Regionalbusverkehr (Kap. 7.3)*
Vorlage: V/2013/11400 *abgesetzt*
- 6.6 *Jahresabschluss 2011 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: V/2012/11173

- 6.7 Aufhebung der Vereinbarung zwischen dem Landesverwaltungsamt und der Stadt Halle (Saale) zur Haushaltskonsolidierung vom 27.06.2012
Vorlage: V/2013/11495
- 6.7.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Vorlage "Aufhebung der Vereinbarung zwischen dem Landesverwaltungsamt und der Stadt Halle (Saale) zur Haushaltskonsolidierung vom 27.06.2012" (Vorlagen-Nr. V/2013/11495)
Vorlage: V/2013/11579
- 6.7.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Vorlage "Aufhebung der Vereinbarung zwischen dem Landesverwaltungsamt und der Stadt Halle (Saale) zur Haushaltskonsolidierung vom 27.06.2012" (Vorlage: V/2013/11579)
Vorlage: V/2013/11586
- 6.8 Teilnahme von zwei Stadträten an der 37. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 23. bis 25. April 2013 in Frankfurt am Main
Vorlage: V/2013/11518
- 7. Wiedervorlage
- 7.1 *Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) zur Optimierung des Kreuzungsverkehrs am Franckeplatz*
Vorlage: V/2013/11352 *abgesetzt*
- 7.2 *Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Braunkohlesanierung*
Vorlage: V/2012/11266 *abgesetzt*
- 7.2.1 *Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Braunkohlesanierung (V/2012/11266)*
Vorlage: V/2012/11302 *abgesetzt*
- 7.3 Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) an allen städtischen Schulen bis 2025 -
Vorlage: V/2013/11353
- 7.3.1 Änderungsantrag des Stadtrates Dietmar Wehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) an allen städtischen Schulen bis 2025 (Vorlage: V/2013/11353)
Vorlage: V/2013/11585
- 7.3.2 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zum Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) an allen städtischen Schulen bis 2025 (Vorlagen-Nr.: V/2012/11353)
Vorlage: V/2013/11535

- 7.3.3 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle–NEUES FORUM zum Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle an allen städtischen Schulen bis 2025 (V/2013/11353)
Vorlage: V/2013/11601
- 7.3.4 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) an allen städtischen Schulen bis 2025 – (Vorlage: V/2013/11353)
Vorlage: V/2013/11605
- 7.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu einem Tarifmoratorium der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH)
Vorlage: V/2012/11187
- 7.4.1 *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu einem Tarifmoratorium der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH) (V/2012/11187)*
Vorlage: V/2012/11260 *abgesetzt*
- 7.5 Antrag der Stadträte Dr. Uwe-Volkmar Köck und Olaf Sieber (Fraktion DIE LINKE) zur Maßnahmenumsetzung des Integrierten Kommunalen Klimaschutzkonzeptes
Vorlage: V/2013/11369
- 7.6 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Nutzung eines Gebäudes für den Eishockeyfanclub
Vorlage: V/2012/11274
- 7.6.1 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Nutzung eines Gebäudes für den Eishockeyfanclub (Vorlage-Nr.: V/2012/11274)*
Vorlage: V/2013/11478 *abgesetzt*
- 7.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Erstellung eines Konzeptes zu den Kosten der Unterkunft
Vorlage: V/2012/11276
- 7.8 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Sondernutzung in der Leipziger Straße
Vorlage: V/2013/11366
- 7.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Maßnahmen im Bereich Radverkehrsförderung
Vorlage: V/2013/11374
8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 8.1 Prüfauftrag der CDU-Fraktion zur Turnhalle des Südstadtgymnasiums
Vorlage: V/2013/11523

- 8.2 Prüfauftrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Planetarium
Vorlage: V/2013/11526
- 8.3 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle
Vorlage: V/2013/11533
- 8.3.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle [V/2013/11533]
Vorlage: V/2013/11600
- 8.4 Antrag der Stadträte Lothar Dieringer (CDU-Fraktion) und Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zur Erstellung eines Ansiedlungskonzeptes
Vorlage: V/2013/11536
- 8.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Ausbau des Saalekanals
Vorlage: V/2013/11480
- 8.6 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Nutzungsperspektive des Gebäudes Albert-Schweitzer-Straße 40
Vorlage: V/2013/11522
- 8.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Abbildung der Leistungsebene in der Haushaltsplanung
Vorlage: V/2013/11502
- 8.7.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Abbildung der Leistungsebene in der Haushaltsplanung (Vorlagen-Nummer V/2013/11502)
Vorlage: V/2013/11602
- 8.8 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu integrativen Horten
Vorlage: V/2013/11551
- 8.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verbesserung der Verkehrssicherheit für Kinder
Vorlage: V/2013/11545
- 8.10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur barrierefreien Verbindung von Steintor-Campus und Steintor-Platz
Vorlage: V/2013/11546
- 8.11 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung des Rockstation-Kultur e.V.
Vorlage: V/2013/11547
- 8.12 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Neubesetzung im Aufsichtsrat der EVH GmbH
Vorlage: V/2013/11548
- 8.13 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Umsetzungen von Mitgliedern der Fraktion in Ausschüssen
Vorlage: V/2013/11549
- 8.14 Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Berufung eines

- Sachkundigen Einwohners in den Sportausschuss
Vorlage: V/2013/11580
- 8.15 Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Berufung eines Sachkundigen Einwohners in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss
Vorlage: V/2013/11581
- 8.16 Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Berufung eines Sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Wissenschaft- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung
Vorlage: V/2013/11582
- 8.17 Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten
Vorlage: V/2013/11589
- 8.18 Dringlichkeitsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Bildungsausschuss
Vorlage: V/2013/11595
- 8.19 Dringlichkeitsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten
Vorlage: V/2013/11598
9. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 9.1 Anfrage des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU), zur Wirtschaftlichkeit der Straßenbahntrasse entlang der Dölauer Heide
Vorlage: V/2013/11455
- 9.2 Anfrage des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zum Lärmschutz in städtischen Turnhallen
Vorlage: V/2013/11524
- 9.3 Anfrage des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur Schulentwicklungsplanung Grundschulen nördliche Innenstadt von Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/11525
- 9.4 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zur Entwicklung der Einwohnerzahl
Vorlage: V/2013/11534
- 9.5 Anfrage des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zu einer Lärmschutzmaßnahme
Vorlage: V/2013/11538
- 9.6 Anfrage der CDU-Fraktion zur Charakterisierung der Stelle des/der Museumsleiters/Museumsleiterin
Vorlage: V/2013/11540
- 9.7. Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU) zum MDR-Musiksommer
Vorlage: V/2013/11541

- 9.8 Anfrage der Stadträtin Birgit Leibrich (Fraktion DIE LINKE) zur Umsetzung seniorenpolitischer Leitlinien
Vorlage: V/2013/11527
- 9.9 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu den eingerichteten Dienstleistungszentren
Vorlage: V/2013/11520
- 9.10 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Inobhutnahmestelle in der Klosterstraße
Vorlage: V/2013/11521
- 9.11 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zum Beschluss des Stadtrates zur Entlastung bedürftiger Familien von den Kosten gemeinschaftlicher Mittagsverpflegung in Kindertagesstätten sowie Grund- und Förderschulen (Vorlagen-Nr. V/2011/09772)
Vorlage: V/2013/11528
- 9.12 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Stromverbrauch an halleischen Schulen und Horten
Vorlage: V/2013/11552
- 9.13 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem Stadtratsbeschluss zur Prüfung von Strukturveränderungen im Bereich der städtischen Sportverwaltung
Vorlage: V/2012/10782
- 9.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Verzicht auf ein Vorkaufsrecht
Vorlage: V/2013/11460
- 9.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nutzung und Vergabe von städtischen Sporteinrichtungen
Vorlage: V/2013/11471
- 9.16 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur zunehmenden sozialräumlichen Segregation
Vorlage: V/2013/11542
- 9.17 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung des Stadtratsbeschlusses zur Erstellung eines Gleichstellungsaktionsplanes
Vorlage: V/2013/11543
- 9.18 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Abschiebep Praxis in Halle
Vorlage: V/2013/11544
- 9.19 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beratung und Beschlussfassung des "E-Government Masterplan 2013-2020"
Vorlage: V/2013/11550
- 9.20 Anfrage des Stadtrates Tom Wolter (MitBÜRGER für Halle) zum Sanierungsvorhaben Einzeldenkmal „Rive-Haus“
Vorlage: V/2013/11447
- 9.21 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Sicherheit für Kinder auf hallesche Straßen
Vorlage: V/2013/11531

- 9.22 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu den Rentieren des Stadtmarketings
Vorlage: V/2013/11530
10. Mitteilungen
- 10.1 Informationsvorlage zum Stand der Umsetzung von Beschlüssen in den beschließenden Ausschüssen
Vorlage: V/2012/11017
11. mündliche Anfragen von Stadträten
12. Anregungen
- 12.1 Anregung der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Umsetzung des "Beschlusses zur Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Halle 2025" -
Vorlage-Nr.: V/2012/10762
Vorlage: V/2013/11355
13. Anträge auf Akteneinsicht

zu 3 Genehmigung der Niederschriften

Herr Lange, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates, informierte, dass es lediglich Änderungswünsche von Herrn Stadtrat Misch, CDU-Fraktion, zu den Niederschriften gegeben habe, welche eingearbeitet worden sind.

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 21.11.2012

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 38. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 21.11.2012.

zu 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 12.12.2012

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 39. öffentlichen Sitzung des Stadtrats vom 12.12.2012.

zu 3.3 Genehmigung der Niederschrift vom 30.01.2013

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 40. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 31.01.2013.

zu 3.4 Genehmigung der Niederschrift vom 27.02.2013

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 41. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 27.02.2013.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 27.02.2013 gefassten Beschlüsse

Herr Lange, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates, informierte über folgende in der Stadtratssitzung am 27.02.2013 in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse:

4.1 Personalangelegenheit - Urlaub des Oberbürgermeisters Vorlage: V/2013/11438

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, dass der Erholungsurlaub des Oberbürgermeisters pauschal genehmigt wird, soweit er im Einzelfall eine Länge von fünf Arbeitstagen nicht überschreitet.

Diesem Beschluss wurde mehrheitlich zugestimmt.

4.2. Personalangelegenheit - Disziplinarverfahren Vorlage: V/2013/11445

Beschluss:

1. Der Stadtrat sieht sich außer Stande, die im Rahmen der Fortführung des gegen Herrn Dr. Bernd Wiegand in seiner Eigenschaft als Beigeordneter der Stadt Halle (Saale) anhängigen Disziplinarverfahren notwendigen Entscheidungen/ disziplinarischen Maßnahmen (i. S. d. § 76 Abs. 5) in sachgerechter Weise zu treffen.
2. Der Stadtrat ersucht daher das Landesverwaltungsamt als zuständige Kommunal- aufsichtsbehörde das laufende Disziplinarverfahren gemäß § 76 Abs. 2, Satz 1, Alternative 2 DG LSA an sich zu ziehen

Diesem Beschluss wurde mehrheitlich zugestimmt.

zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters

Es lag kein Bericht des Oberbürgermeisters im öffentlichen Teil der Stadtratssitzung vor.

zu 6 **Beschlussvorlagen**

zu 6.1 **Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie
Beteiligungsbericht über das Jahr 2011**
Vorlage: V/2012/11037

zu 6.1.4 **Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion, der SPD-Stadtratsfraktion und
der FDP-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und
Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht
über das Jahr 2011 (Vorlagen-Nr. V/2012/11037)**
Vorlage: V/2013/11578

zu 6.1.5 **Änderungsantrag des Stadtrates Werner Misch (CDU-Stadtratsfraktion Halle
(Saale)) zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für
das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011"-
V/2012/11307 - hier Produkt 1.55101**
Vorlage: V/2013/11583

Herr Lange, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates, wies darauf hin, dass sich über das Beratungsverfahren verständigt werden müsse. Bisher unterlagen die Haushaltsreden keiner Redezeitbegrenzung und er schlug dies auch für die aktuellen Haushaltsreden vor.

Allerdings solle die Einbringung und Behandlung der Änderungsanträge und die Reden dazu streng im Sinne der Geschäftsordnung geführt werden.

Herr Lange bat um Abstimmung zum vorgeschlagenen Verfahren.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Haushaltsrede Herr Bürgermeister Geier

Anlage 1

Haushaltsrede Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat

Anlage 2

Haushaltsrede Herr Krause, SPD-Stadtratsfraktion

Anlage 3

Haushaltsrede Herr Bönisch, CDU-Stadtratsfraktion

Anlage 4

Haushaltsrede Herr Kley, FDP-Stadtratsfraktion

Anlage 5

Haushaltsrede Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

Anlage 6

Haushaltsrede Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Anlage 7

Haushaltsrede Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Anlage 8

Es erfolgten keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Lange, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates**, bat darum, in das Verfahren der Änderungsanträge einzutreten.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, machte den Vorschlag, dass zum Änderungsantrag

zu 6.1.4 Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion, der SPD-Stadtratsfraktion und der FDP-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011 (Vorlagen-Nr. V/2012/11037)
Vorlage: V/2013/11578

die Punkte einzeln abgestimmt werden. **Herr Lange, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates**, stimmte dem zu.

zu 6.1.4 Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion, der SPD-Stadtratsfraktion und der FDP-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011 (Vorlagen-Nr. V/2012/11037)
Vorlage: V/2013/11578

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis:

Einzelabstimmung

B.-Punkt 1: mehrheitlich zugestimmt

B.-Punkt 2: mehrheitlich zugestimmt

26 Ja-Stimmen

24 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

B.-Punkt 3: mehrheitlich zugestimmt

B.-Punkt 4: mehrheitlich zugestimmt

B.-Punkt 5: mehrheitlich zugestimmt

29 Ja-Stimmen

20 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

B.-Punkt 6: mehrheitlich zugestimmt

B.-Punkt 7: mehrheitlich zugestimmt

B.-Punkt 8: mehrheitlich zugestimmt

B.-Punkt 9: mehrheitlich zugestimmt

B.-Punkt 10: mehrheitlich zugestimmt

B.-Punkt 11: mehrheitlich zugestimmt

B.-Punkt 12: mehrheitlich zugestimmt

B.-Punkt 13: mehrheitlich zugestimmt

B.-Punkt 14: mehrheitlich zugestimmt

25 Ja-Stimmen

24 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

B.-Punkt 15: mit Patt abgelehnt

25 Ja-Stimmen

25 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

B.-Punkt 16: entfällt,

da Ablehnung B.-Punkt 15

geänderter Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

1. Die vorgesehene zusätzliche Stelle „Abteilungsleiter/in Existenzsichernde Leistungen“ (A 16) wird nicht in den Stellenplan aufgenommen.
2. Die vorgesehene zusätzliche Stelle „Abteilungsleiter/in Soziale Nachhaltigkeit“ (A 15) wird nicht in den Stellenplan aufgenommen.
3. Die vorgesehene zusätzliche Stelle „Abteilungsleiter/in Jugendintegration“ „Direktor/in Stadtmuseum“ (E 15Ü) wird nicht in den Stellenplan aufgenommen.

4. Die vorgesehene zusätzliche Stelle „Abteilungsleiterin Hilfe in besonderen Lebenslagen“ (E 15) wird nicht in den Stellenplan aufgenommen.
5. Die vorgesehene zusätzliche Stelle „Sachbearbeiter/in strategische Steuerung“ (A 15) wird nicht in den Stellenplan aufgenommen.
6. Die vorgesehene zusätzliche Stelle „Prüfer/in Sonderprüfstelle komplexe Bauvorhaben“ (15) wird nicht in den Stellenplan aufgenommen. Die zur Streichung vorgesehene Stelle „Amtsleiter/in Bauordnung und Denkmalschutz“ bleibt im Stellenplan.
7. Die vorgesehene zusätzliche Stelle „Prüfer/in Sonderprüfstelle komplexe Bauvorhaben“ (E14) wird nicht in den Stellenplan aufgenommen.
8. Die vier vorgesehenen zusätzlichen Stellen „Betriebswirte“ (E13) werden für drei Jahre befristet in den Stellenplan aufgenommen.
9. Die vorgesehene zusätzliche Stelle „Fachbereichsleiter/in Wissenschaft“ (E14) wird nicht in den Stellenplan aufgenommen. Die zur Streichung vorgesehene Stelle „Teamleiter/in Technologie, Innovation und Medien“ bleibt im Stellenplan.
10. Die vorgesehene zusätzliche Stelle „Fachbereichsleiter/in Sport“ (E13) wird nicht in den Stellenplan aufgenommen. Die zur Streichung vorgesehene Stelle „Ressortleiter/in Sport“ bleibt im Stellenplan.
11. Die vorgesehene zusätzliche Stelle „Fachbereichsleiter/in Kultur“ (E13) wird nicht in den Stellenplan aufgenommen. Die zur Streichung vorgesehene Stelle „Leiter/in Kulturbüro“ bleibt im Stellenplan.
12. Die vorgesehene zusätzliche Stelle „Leiter/in DLZ Klimaschutz“ (E 13) wird nicht in den Stellenplan aufgenommen.
13. Die vorgesehene zusätzliche Stelle „Leiter/in DLZ Veranstaltungen“ (E 13) wird nicht in den Stellenplan aufgenommen.
14. Die vorgesehene zusätzliche Stelle „Leiter/in DLZ Bürgerengagement“ (E 12) wird nicht in den Stellenplan aufgenommen.

zu 6.1.5 **Änderungsantrag des Stadtrates Werner Misch (CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)) zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011"- V/2012/11307 - hier Produkt 1.55101**
Vorlage: V/2013/11583

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Im Produkt 1.55101 „Grünflächen und Parkanlagen“ werden die Aufwendungen im Sachkonto Parkanlagen 52210600 um 80.000,00 EUR erhöht.

zu 6.1 **Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011**
Vorlage: V/2012/11037

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2013 mit dem Haushaltsplan 2013.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2011 zur Kenntnis.
3. ***Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat im September 2013 den Entwurf der Nachtragssatzung 2013 vorzulegen.***

zu 6.2 **Widerspruch gegen den Beschluss des Stadtrates vom 27. Februar 2013 zur Vorlage von personalrechtlichen Angelegenheiten im Hauptausschuss, Vorlage-Nr.: V/2013/11380
Vorlage: V/2013/11539**

**Gemeinsamer Antrag der CDU-Stadtratsfraktion und der FDP-Fraktion zur Vorlage von personalrechtlichen Angelegenheiten im Hauptausschuss
Vorlage: V/2013/11380**

**Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum gemeinsamen Antrag der CDU-Stadtratsfraktion und der FDP-Fraktion zur Vorlage von personalrechtlichen Angelegenheiten im Hauptausschuss, V/2013/11380
Vorlage: V/2013/11599**

**Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum gemeinsamen Antrag der CDU-Stadtratsfraktion und der FDP-Fraktion zur Vorlage von personalrechtlichen Angelegenheiten im Hauptausschuss (V/2013/11380)
Vorlage: V/2013/11508**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand wies darauf hin, dass sich der Widerspruch zunächst auf den beamtenrechtlichen Status und nicht auf die Funktion beziehe. Dies ist in der Gemeindeordnung klar definiert und das heißt, dass weitere Punkte gesetzlich nicht zulässig seien.

Die Hauptsatzung enthalte eine Funktionsbesetzung. Dies ist ebenfalls rechtwidrig. Darüber hinaus ist der Begriff der laufenden Verwaltung ebenfalls definiert.

Es seien also mehrere Punkte, die zur Rechtswidrigkeit diesbezüglich führen. **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bat um eine erneute Beratung.

Dazu äußerte sich **Herr Lange, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates**, dahingehend, dass auch über die Änderungsanträge, die zu diesem Punkt angezeigt sind, abgestimmt werden muss.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, informierte zum Änderungsantrag seiner Fraktion, dass es auch um die Frage ging, in welcher Höhe der Entgelt- bzw. Besoldungsgruppe die Beteiligung des Stadtrates ansetzen sollte. Hier sei eine Änderung von E11/A11 auf E13/A13 vorgenommen worden.

In diesem Zusammenhang führte **Herr Häder** weiter aus, dass in Abstimmung mit den anderen Fraktionen als Kompromiss jetzt eine Einigung von E12/A12 erfolgt sei und er stellte mündlich diese Änderung zum Antrag vor.

Im Übrigen wies er darauf hin, dass ein Teil des Widerspruchs des Oberbürgermeisters sich auf Regelungen beziehe, die schon immer in der Hauptsatzung verankert waren.

**Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum gemeinsamen Antrag der CDU-Stadtratsfraktion und der FDP-Fraktion zur Vorlage von personalrechtlichen Angelegenheiten im Hauptausschuss, V/2013/11380
Vorlage: V/2013/11599**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

23 Ja-Stimmen

18 Nein-Stimmen

2 Enthaltungen

geänderter Beschluss:

Der Beschlusstext wird gestrichen und mit folgenden Änderungen ersetzt:

Der Stadtrat beschließt:

1. In § 6 Abs. 2 der Hauptsatzung wird im ersten Satz nach dem Wort „Ernennung,“ folgende Ergänzung aufgenommen: „ Absetzung,“.
2. In § 6 Abs. 2 der Hauptsatzung wird im ersten Satz das Wort „Amtsleiter“ durch „Amts-/ Fachbereichsleiter“ ersetzt.
3. In § 6 Abs. 2 der Hauptsatzung wird im ersten Satz nach dem Wort „Beauftragten“ ein Komma eingefügt und die Formulierung „und Leiter der Regiebetriebe einschließlich der Intendanten der kulturellen Einrichtungen mit Ausnahme der Eigenbetriebsleiter“ durch „der Leiter der Eigenbetriebe“ ersetzt.
4. In § 6 Abs. 2 der Hauptsatzung wird im ersten Satz vor dem Wort „sowie“ folgendes eingefügt: „und aller weiteren Beamten und Mitarbeiter ab Entgeltgruppe E43 ~~E12~~ bzw. Besoldungsgruppe A43 ~~A12~~“
5. § 6 Abs. 2 Satz 2 der Hauptsatzung wird wie folgt ersetzt:

„Im Übrigen entscheidet im Rahmen eines vom Stadtrat für das jeweilige Haushaltsjahr beschlossenen Stellenplans in Personalangelegenheiten der Oberbürgermeister, soweit diese nicht ausschließlich dem Stadtrat vorbehalten ist.“
6. In § 6 Abs. 2 der Hauptsatzung wird folgender neuer Satz 3 eingefügt:

„Bis zur Beschlussfassung eines Stellenplans für das laufende Haushaltsjahr durch den Stadtrat werden alle gemäß § 44 Abs. 4 Nr. 1 GO LSA in der grundsätzlichen Zuständigkeit des Stadtrates liegenden Personalangelegenheiten abschließend durch den Hauptausschuss im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister entschieden.“
7. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, über alle Personalmaßnahmen, welche er nach § 6 Abs. 2 der Hauptsatzung in eigener Verantwortung vornimmt, den Hauptausschuss monatlich in schriftlicher Form zu informieren.

**Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum
gemeinsamen Antrag der CDU-Stadtratsfraktion und der FDP-Fraktion zur
Vorlage von personalrechtlichen Angelegenheiten im Hauptausschuss
(V/2013/11380)
Vorlage: V/2013/11508**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

§ 6 Absatz 2 der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale) erhält folgende Fassung:

„Der Hauptausschuss entscheidet abschließend im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister über die Ernennung, Absetzung, Einstellung und Entlassung der Fachbereichsleiter, der Beauftragten, der Leiter der Eigenbetriebe und aller weiteren Beamten und Beschäftigten ab Entgeltgruppe 13 TVöD bzw. Besoldungsgruppe A 13 sowie über die Festsetzung von Vergütungen, auf die kein Anspruch aufgrund eines Tarifvertrages besteht. Im Übrigen entscheidet in Personalangelegenheiten der Oberbürgermeister, soweit diese nicht ausschließlich dem Stadtrat vorbehalten sind.“

**Gemeinsamer Antrag der CDU-Stadtratsfraktion und der FDP-Fraktion zur
Vorlage von personalrechtlichen Angelegenheiten im Hauptausschuss
Vorlage: V/2013/11380**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

1. In § 6 Abs. 2 der Hauptsatzung wird im ersten Satz nach dem Wort „Ernennung,“ folgende Ergänzung aufgenommen: „ Absetzung,“.
2. In § 6 Abs. 2 der Hauptsatzung wird im ersten Satz das Wort „Amtsleiter“ durch „Amts-/ Fachbereichsleiter“ ersetzt.
3. In § 6 Abs. 2 der Hauptsatzung wird im ersten Satz nach dem Wort „Beauftragten“ ein Komma eingefügt und die Formulierung „und Leiter der Regiebetriebe einschließlich der Intendanten der kulturellen Einrichtungen mit Ausnahme der Eigenbetriebsleiter“ durch „der Leiter der Eigenbetriebe“ ersetzt.
4. In § 6 Abs. 2 der Hauptsatzung wird im ersten Satz vor dem Wort „sowie“ folgendes eingefügt: „und aller weiteren Beamten und Mitarbeiter ab Entgeltgruppe E43 **E12** bzw. Besoldungsgruppe A13 **A12**“
5. § 6 Abs. 2 Satz 2 der Hauptsatzung wird wie folgt ersetzt:

„Im Übrigen entscheidet im Rahmen eines vom Stadtrat für das jeweilige Haushaltsjahr beschlossenen Stellenplans in Personalangelegenheiten der Oberbürgermeister, soweit diese nicht ausschließlich dem Stadtrat vorbehalten ist.“

6. In § 6 Abs. 2 der Hauptsatzung wird folgender neuer Satz 3 eingefügt:

„Bis zur Beschlussfassung eines Stellenplans für das laufende Haushaltsjahr durch den Stadtrat werden alle gemäß § 44 Abs. 4 Nr. 1 GO LSA in der grundsätzlichen Zuständigkeit des Stadtrates liegenden Personalangelegenheiten abschließend durch den Hauptausschuss im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister entschieden.“

7. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, über alle Personalmaßnahmen, welche er nach § 6 Abs. 2 der Hauptsatzung in eigener Verantwortung vornimmt, den Hauptausschuss monatlich in schriftlicher Form zu informieren.

**zu 6.2 Widerspruch gegen den Beschluss des Stadtrates vom 27. Februar 2013 zur Vorlage von personalrechtlichen Angelegenheiten im Hauptausschuss, Vorlage-Nr.: V/2013/11380
Vorlage: V/2013/11539**

Abstimmungsergebnis: beraten

Beschlussvorschlag:

Der Widerspruch des Oberbürgermeisters gegen den Beschluss des Stadtrates zur Vorlage von personalrechtlichen Angelegenheiten im Hauptausschuss vom 27. Februar 2013 (Vorlage-Nr.: V/2013/11380) führt dazu, dass der Stadtrat gemäß § 63 Abs. 3 S. 5 Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) über den Beschluss nochmals beraten und entscheiden muss.

Der Stadtrat beschließt daher erneut über den

**Gemeinsamen Antrag der CDU-Stadtratsfraktion und der FDP-Fraktion
zur Vorlage von personalrechtlichen Angelegenheiten im Hauptausschuss
vom 26. Februar 2013 (Vorlage-Nr.: V/2013/11380) einschließlich Änderungsanträge.**

**zu 6.3 Widerspruch des Oberbürgermeisters gegen den Beschluss des Stadtrates vom 27. Februar 2013 zum Parken auf überbreiten Bürgersteigen (Vorlage-Nr.: V/2013/11436)
Vorlage: V/2013/11553**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies darauf, dass eine Stellungnahme des Landesverwaltungsamt vorliege.

Zum Sachverhalt sagte er, dass es darum gehe, eine staatliche Aufgabe in den Stadtrat einzubringen und zu diskutieren. Er stellte klar, dass die Beschlussfassung nicht zulässig sei, denn darüber entscheide der Oberbürgermeister. Zur Frage, ob dies auch für Prüfaufträge gelte, habe sich das Landesverwaltungsamt klar positioniert. Es wurde durch das Landesverwaltungsamt darauf hingewiesen, dass auch Prüfaufträge im übertragenen Wirkungskreis nicht zulässig seien.

Aus diesem Grund bat **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** darum, über diesen Tagesordnungspunkt noch einmal zu verhandeln.

Herr Misch, CDU-Fraktion, äußerte sich dahingehend, dass er dem Widerspruch des Oberbürgermeisters stattgeben werde. Ungeachtet dessen legte er aber auch dar, dass aus seiner Sicht der Oberbürgermeister an dem Zustandekommen des Beschlusses, auch wenn er diesem widersprochen habe, einen maßgeblichen Anteil trage.

Herr Misch bezog sich dabei auf die Stadtratssitzung vom Januar diesen Jahres, in welcher er ausführlich zu Fragen von Anträgen im übertragenen Wirkungskreis Stellung genommen habe. Diese seien nicht zulässig und von der Verwaltung von vorn herein abzusetzen. Gleichzeitig habe er darauf verwiesen, dass es jedermann freigestellt sein muss, auch eine Entscheidung, die den übertragenen Wirkungskreis betreffe, in Frage zu stellen, weil sich vom Erlass einer solchen Anordnung bis zum heutigen Zeitpunkt bestimmte Gegebenheiten verändert haben können und eine notwendige Prüfung angezeigt sein könnte.

Ausweislich des Protokolls vom 30.01.2013 zitierte **Herr Misch** daraus, dass Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand dort klarstellte, dass er die Ansicht von Herrn Misch teile und in Zukunft dies so gehandhabt werde. Damit sei dokumentiert, dass Prüfaufträge zulässig seien.

Weiterhin brachte **Herr Misch** seine Verwunderung darüber zum Ausdruck, dass im Februar zwei Prüfaufträge eingereicht wurden – und zwar ein Prüfauftrag der SPD-Fraktion, wo die Annahme empfohlen wurde, und der Antrag der FDP-Fraktion, welcher abgelehnt wurde mit der Begründung, der Antrag sei unzulässig. In der Stellungnahme der Verwaltung gebe es keinen Hinweis darauf, warum dieser unzulässig sei. Diese unzureichende Antwort habe dann zu dem vorliegenden Abstimmungsergebnis geführt.

Herr Misch machte desweiteren deutlich, dass der Oberbürgermeister in seinem Widerspruch darauf hingewiesen habe, dass der Stadtrat gemäß § 44 Abs. 2 Satz 1 GO LSA unzuständig sei. Die Unzuständigkeit beruhe darauf, weil Prüfaufträge über die Regularien des Abs. 5 und Abs. 6 des § 44, wo der Stadtrat ein Informationsrecht zum übertragenen Wirkungskreis und ein Akteneinsichtsrecht zu diesen Fragen hätte, nicht beantwortet wurde.

Im Sinne einer konstruktiven und kollegialen Zusammenarbeit wäre es gut gewesen, wenn der Oberbürgermeister darauf hingewiesen hätte, dass die Verwaltung gerne bereit sei, die Frage der FDP-Fraktion in einer ausführlichen Information dahingehend zu beantworten, dass z. B. alle überbreiten Fußwege nach den gesetzlichen Regularien überprüft worden und durch Zeitablauf Veränderungen eingetreten seien, die noch einmal geprüft werden.

Herr Kley, FDP-Fraktion, äußerte sich zum gleichen Thema und führte dazu aus, dass auch seine Fraktion dem Widerspruch des Oberbürgermeisters zustimmen werde, nachdem das Landesverwaltungsamt als Verwaltungsbehörde auch zu dem Entscheid gekommen sei, dass es dem Rat nicht zustehe, die Verwaltung nach ihren Handlungen nachzufragen.

Seine Fraktion habe die Interessen der Bürger wahrgenommen und die Fragen in den Rat getragen. Der neu gewählte Oberbürgermeister habe aber klar gesagt, dass es dem Rat nicht gezieme, diese Anliegen darzubringen. Er verstehe es als offensichtliche Aufforderung, eine Bürgerinitiative zu gründen, damit ein Gespräch zustande käme, und die Mitglieder des Rates hätten sich künftig von solchen Problemen fernzuhalten.

Herr Kley führte weiterhin aus, dass seine Fraktion andere Formen finden werde, solche Anliegen vorzubringen. Bisher habe man immer einen Weg für eine Diskussion gefunden. Seine Fraktion werde sich natürlich nach Recht und Gesetz richten, aber nicht davon ablassen, die Interessen der Bürger auch weiterhin wahrzunehmen.

Herr Misch erinnerte an eine Aufforderung des Oberbürgermeisters an die Bürger, darüber nachzudenken bzw. Hinweise zu geben, wenn in der Stadt Lichtzeitanlagen überflüssig

wären aus Sicht der Bürger. Dabei sollte eine Prüfung vorgenommen werden, um gegebenenfalls auch Lichtzeichenanlagen außer Betrieb zu nehmen. Seiner Meinung nach hätte dies auch eine erneute Prüfung zur Folge.

Er fragte dazu an, ob davon ausgegangen werde, dass alle verkehrsrechtlichen Anordnungen der letzte Stand der Dinge seien oder ob an der einen oder anderen Stelle von Amtswegen ein Prüfungsbedarf gesehen werde.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, machte darauf aufmerksam, dass es durchaus auch inhaltliche Dinge gebe, die gegen das Anliegen sprechen und nicht jedes Bürgeranliegen sei ein sinnvolles Bürgeranliegen.

Auf Bürgersteigen zu parken bedeute auch die Einschränkung der Mobilität der Fußgänger. Deshalb gebe es gut Gründe, dieses Anliegen auch aus inhaltlichen Gründen abzulehnen.

Abschließend stellte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** fest, dass er zum übertragenen Wirkungskreis mit Herrn Misch einer Meinung sei und damit wäre das Problem aus seiner Sicht geklärt.

Herr Lange, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates, wies darauf hin, dass erneut über den Antrag der FDP-Fraktion abgestimmt werden müsse. Wenn die FDP-Fraktion dem Widerspruch des Oberbürgermeisters zustimmen wolle, müsse sie ihren Antrag zurückziehen.

Dazu informierte **Herr Kley**, dass dies ein Beschluss des Stadtrates sei und die Fraktion keinen Beschluss des Stadtrates zurückziehen könne. Mit dem Abstimmungsverhalten werde seine Fraktion der Empfehlung folgen.

**Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Parken auf überbreiten
Bürgersteigen
Vorlage: V/2013/11436**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Beschluss:

Die Stadtverwaltung prüft das Parken auf überbreiten Bürgersteigen, z. B. durch Umschilderung.

- zu 6.3 Widerspruch des Oberbürgermeisters gegen den Beschluss des Stadtrates vom 27. Februar 2013 zum Parken auf überbreiten Bürgersteigen (Vorlage-Nr.: V/2013/11436)
Vorlage: V/2013/11553**
-

Abstimmungsergebnis: beraten

Beschlussvorschlag:

Der Widerspruch des Oberbürgermeisters gegen den Beschluss des Stadtrates zum Parken auf überbreiten Bürgersteigen (Vorlage-Nr.: V/2013/11436) führt dazu, dass der Stadtrat gemäß § 63 Abs. 3 S. 5 Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) über den Beschluss nochmals beraten und entscheiden muss.

Der Stadtrat beschließt daher erneut über den

Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Parken auf überbreiten Bürgersteigen vom 31. Januar 2013 (Vorlage-Nr.: V/2013/11436).

- zu 6.6 Jahresabschluss 2011 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/11173**
-

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschluss:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Beschluss V/2011/09956 zur Abführung von 323.734,82 EURO aus dem Jahresabschluss 2010 an die Stadt Halle (Saale) in der Gestalt umgesetzt wurde, dass der Zuschuss in 2012 um 300.964,00 EURO gekürzt und seitens der Stadt Halle/Saale verrechnet wurde.
Zum Differenzbetrag von 22.770,82 EURO wird der Ausschüttungsbeschluss bestätigt.
2. Der Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2011 des Eigenbetriebes Kindertagesstätten mit
Bilanzsumme: 43.012.001,06 EURO
Jahresüberschuss: 37.060,99 EURO
wird festgestellt.
3. Der Jahresüberschuss in Höhe von 37.060,99 EURO wird auf neue Rechnung vorgetragen.
4. Dem Betriebsleiter des Eigenbetriebes Kindertagesstätten wird für das Wirtschaftsjahr 2011 Entlastung erteilt.

zu 6.7 **Aufhebung der Vereinbarung zwischen dem Landesverwaltungsamt und der Stadt Halle (Saale) zur Haushaltskonsolidierung vom 27.06.2012**
Vorlage: V/2013/11495

zu 6.7.1 **Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Vorlage "Aufhebung der Vereinbarung zwischen dem Landesverwaltungsamt und der Stadt Halle (Saale) zur Haushaltskonsolidierung vom 27.06.2012" (Vorlagen-Nr. V/2013/11495)**
Vorlage: V/2013/11579

zu 6.7.1.1 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Vorlage "Aufhebung der Vereinbarung zwischen dem Landesverwaltungsamt und der Stadt Halle (Saale) zur Haushaltskonsolidierung vom 27.06.2012" (Vorlage: V/2013/11579)**
Vorlage: V/2013/11586

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand wies darauf hin, dass die bestehende Vereinbarung zwischen der Stadt Halle und dem Landesverwaltungsamt erhebliche Nachteile für die Stadt darstelle, da in die Finanzhoheit eingegriffen werde. Dies widerspiegele sich darin, dass in den Situationen, in denen Beschlüsse gefasst werden, letztendlich immer die Möglichkeit bestehe, die Entscheidung des Landesverwaltungsamtes einzuholen. Dies sei ein massiver Eingriff in die kommunale Finanzhoheit. Diese Situation sei nicht hinnehmbar und insoweit wäre die Diskussion im Rahmen der Aufhebung berechtigt.

Desweiteren merkte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** an, dass er den von der SPD-Fraktion eingebrachten Änderungsantrag, mit den Möglichkeiten, die jetzt auf dem Verhandlungsweg noch verbleiben, teile. Somit werde die Verwaltung diesen Änderungsantrag übernehmen.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, äußerte sich dahingehend, dass seine Fraktion schon bei der ursprünglichen Diskussion über die Vereinbarung dagegen gewesen sei, da in die kommunale Selbstverwaltung eingegriffen werde. Das Etatrecht des Stadtrates werde damit angetastet, deshalb wurde schon die damalige Vereinbarung von seiner Fraktion abgelehnt.

Die Diskussionen mit dem Landesverwaltungsamt zeigten, dass das Landesverwaltungsamt nicht kompromissbereit sei und nicht auf die Stadt zugehen möchte. Dies wurde dadurch signalisiert, dass die mit großer Mehrheit getroffene Entscheidung des Vergabeausschusses zum Finanzberater nicht akzeptiert werde.

Deshalb sei jetzt der Zeitpunkt, diese Vereinbarung in dieser Form zu kündigen. Dann könne man in eine neue Diskussion einsteigen und eine komplett neue Vereinbarung mit dem Landesverwaltungsamt aushandeln.

Herr Wehrich stellte weiterhin fest, dass ein neuer Wortlaut für die Vereinbarung sinnvoll wäre. Natürlich dürfe das Landesverwaltungsamt dabei nicht komplett aus diesem Prozess herausgenommen werden. Es gehe aber auch darum, auf welcher Grundlage verhandelt werde. Aus diesem Grund würde seine Fraktion dafür plädieren, die Vereinbarung zu kündigen und dann komplett neu in die gesamte Diskussion einzusteigen. Dies wäre zielführender, als jetzt an dieser bestehenden Vereinbarung herumzudoktern.

Deshalb, so **Herr Wehrich** weiter, habe seine Fraktion ihren Änderungsantrag zum SPD-Änderungsantrag gestellt. Da jetzt der Änderungsantrag der SPD-Fraktion übernommen wurde und somit nicht mehr existiere, würden sie ihren Änderungsantrag als Änderungsantrag zu dem geänderten Antrag stellen wollen.

Herr Kley, FDP-Fraktion, wies darauf hin, dass es um eine Vereinbarung ginge, die der Rat beschlossen habe. Die Ausführungen des Oberbürgermeisters als Widerspruch gegen das Bestehen dieser Vereinbarung bezogen sich auf nichts real Eingetretenes. Es sei noch nicht vorgekommen, dass jemand in einer Ausschusssitzung Widerspruch eingelegt hätte gegen Beschlüsse. Im Moment habe man freiwillig einen Sparberater, der in den Ausschüssen Ratschläge gebe.

Der Vorteil der gegenwärtigen Vereinbarung sei, dass das Landesverwaltungsamt frühzeitig in Haushaltsvereinbarungen und –beschlüsse einbezogen wäre und somit nicht die Möglichkeit habe, Haushaltsbeschlüsse und ähnliches im Nachhinein nicht zu genehmigen oder nicht durchzuwinken.

Weiterhin führte **Herr Kley** aus, wenn ein Haushalt beschlossen werde, bei dessen Entstehung das Landesverwaltungsamt schon dabei war, dann wäre dieser Haushalt relativ schnell genehmigungsfähig. Dies sollte man erst einmal ausprobieren.

Dieser Weg sei bei Kündigung der Vereinbarung sofort abgeschnitten und das Landesverwaltungsamt bekäme das Zeichen der Aufhebung der Zusammenarbeit, mit der Begründung, es würden starke Eingriffe stattfinden.

Herr Kley erklärte weiter, da die Kommunalaufsicht beim Landesverwaltungsamt liege, habe die Stadt nie die absolute Hoheit über den Haushalt, sondern sei an Recht und Gesetz gebunden. Das heißt, einen ausgeglichenen Haushalt, der verabschiedet werde bis zum Jahresende.

Er wies darauf hin, dass es eine ganze Reihe von Punkten gäbe, wo man froh sein sollte, dass diejenigen, die kontrollieren sollen, einigermaßen kooperativ sind. Bei einer einseitigen Kündigung der Vereinbarung werde ein klares Signal gesetzt, dass die Stadt nicht mehr weiterreden und aus einer Position der Stärke heraus sich selbst verwalten wolle.

Herr Kley machte darauf aufmerksam, dass er hoffe, dass alle die, welche die Kündigung der Vereinbarung beschließen, dann auch bereit sind, künftig damit umzugehen. Er äußerte die Bitte, dass vor der Abstimmung noch einmal der genaue Beschlusstext verlesen werde.

Herr Krause, SPD-Fraktion, äußerte dazu, dass er davon ausgehe, dass unter dem TOP 6.7.1 der Originalantrag seiner Fraktion stehe und genau dieser Wortlaut übernommen werden soll.

Zu den Ausführungen von Herrn Wehrich stellte **Herr Krause** fest, dass mit solchen Äußerungen die Atmosphäre vergiftet werde. Die Unterstellungen, dass das Landesverwaltungsamt nicht den Willen hätte, die Stadt bei der Haushaltskonsolidierung zu begleiten, seien nicht richtig.

Herr Krause verwies auf einen Presseartikel zu einem Interview mit Herrn Pleye, Präsident des Landesverwaltungsamtes, in welchem dieser geäußert habe, dass die Tür offen stehe. Und daran sollte man anknüpfen.

Desweiteren stellte **Herr Krause** dar, wenn man dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folge, werde die Tür zugeschlagen, da man die Vereinbarung kündige, ohne mit dem Landesverwaltungsamt gesprochen zu haben. Zum zweiten wies er darauf hin, wenn

die Vereinbarung einseitig gekündigt werde, sei auch für die Verwaltung der Druck weg, weiter zu verhandeln. Dann könne der Oberbürgermeister sich hinstellen und sagen, wir sind nicht weitergekommen und es sei keine Vereinbarung zustande gekommen.

Laut dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion bestehe aber die Vereinbarung weiter und der Oberbürgermeister sei in dem Zwang, im Auftrag der Fraktionen diese Vereinbarung weiter zu entwickeln und zwar auf der Basis einer gemeinsamen Zusammenarbeit.

Herr Krause bat die Stadträte um eine konstruktive Zusammenarbeit zu diesem Thema, um die schwierigen Aufgaben in den nächsten Jahren zu bewältigen.

Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Vereinbarung deshalb zustande kam, da die Annahme des Landesverwaltungsamtes zugrunde lag, dass die Stadt Halle es allein nicht schaffen werde, einen ausgeglichenen Haushalt und den Abbau der Altfehlbeträge vorzulegen.

Seine Fraktion hatte schon damals darauf hingewiesen, dass das nicht die korrekte Form der Aufsichtsausübung sei, denn die Aufsicht sei so auszuüben, dass die Rechte der Gemeinde gestärkt und sie zur Pflichterfüllung angehalten werde. Außerdem solle die eigene Entschlusskraft der Gemeinde gestärkt werden.

In Bezug auf den Sparberater machte **Herr Knöchel** deutlich, dass durch den fast seit einem Jahr bestehenden Streit um den Sparberater eine Entschlusskraft fehle, wie ein Haushalt in der Form aufgestellt werde, dass er den Gesetzen entspricht.

Er führte weiterhin aus, dass im Moment 53 % aller Städte und Gemeinden im Land keinen ausgeglichenen Haushalt hätten und es nicht nur die alleinige halleische Unfähigkeit sei. Das Landesverwaltungsamt habe der Stadt sozusagen den Ball zugespielt mit der Aufforderung, einen Sparberater zu nehmen und würde jetzt in der Schiedsrichterrolle sitzen und brauche nur noch ja oder nein sagen.

In diesem Sinne führte **Herr Knöchel** weiterhin aus, dass dies nicht die Art von Aufsichtsausübung sei, die die Entschlusskraft einer Gemeinde stärken würde und deswegen war seine Fraktion von Anfang an skeptisch. Hier müsse die Kommunalaufsicht noch einmal ihren Standpunkt überdenken, wie sie mit der Stadt Halle umgehe.

Die jetzige Vereinbarung sei in der vorliegenden Form ungeeignet und seine Fraktion hätte dafür plädiert, der Aufhebung zustimmen.

Abschließend stellte **Herr Knöchel** fest, dass offensichtlich ein Schiedsrichter gebraucht werde. Und wenn der allgemeine Wunsch bestehe, dass der Haushalt alleine nicht bewältigt werden kann und ein Dritter gebraucht werde, der sagt, was zu tun sei, dann werde seine Fraktion sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Herr Knöchel stellte noch einmal fest, dass die Pflicht, in Halle den Haushalt in den Griff zu bekommen, in erster Linie beim Rat und der Verwaltung liege. Deswegen sollte man sich nicht darüber unterhalten, wie Hilfe von außen organisiert werden kann, sondern man sollte überlegen, wie gemeinsame Entscheidungen auf den Weg gebracht werden, die für die Stadt sinnvoll und tragfähig sind.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, führte dazu aus, dass seine Fraktion es auch für wichtig halte, vertrauensvoll mit dem Landesverwaltungsamt zusammenzuarbeiten. Deshalb sei es ein Schritt in die richtige Richtung, dass der Oberbürgermeister den Antrag der SPD-Fraktion übernehme.

Dies sei auch ein Zeichen an das Landesverwaltungsamt, dass man grundsätzlich zu einer geschlossenen Vereinbarung stehe, aber jetzt Änderungsbedarf sehe und dieser Änderungsbedarf sollte einvernehmlich herbeigeführt werden.

Im Übrigen wies er darauf hin, dass der Vertrag eine einseitige Aufhebung gar nicht vorsehe und es dazu rechtliche Probleme gegeben hätte. Wichtig sei jetzt, mit dem Landesverwaltungsamt in die Verhandlungen zu treten, um die Vereinbarung den geänderten Umständen anzupassen.

Seine Fraktion regte eine deutlichere Formulierung in dem Sinne an, dass man formuliert: „..... in Verhandlungen mit dem Landesverwaltungsamt über die Möglichkeiten der Anpassung der Vereinbarung zur Haushaltskonsolidierung an die geänderte Haushaltssituation einzutreten.“

Herr Wehrich zitierte aus der Vereinbarung, um deutlich zu machen, weshalb seine Fraktion gegen diese Vereinbarung war und noch immer ist.

Im Punkt 4 heißt es „Der Berater hat die Aufgabe, auf der Grundlage einer spezifischen Analyse der Haushaltssituation der Stadt uneingeschränkt Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung zu erarbeiten. Die Oberbürgermeisterin verpflichtet sich, die Vorschläge des Beraters dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.“

Dieser Punkt sei entscheidend und greife in das Etatrecht des Stadtrates ein, da letztendlich das Landesverwaltungsamt entscheide.

Der Oberbürgermeister verpflichtete sich, die Vorschläge des Sparberaters zur Beschlussfassung vorzulegen und wenn der Stadtrat das nicht entsprechend bestätigt, müsste er Widerspruch einlegen und die Sache käme zum Landesverwaltungsamt.

Aus diesem Grund plädiert seine Fraktion dafür, jetzt die Gelegenheit zu nutzen, diese Vereinbarung aufzuheben.

Die Anmerkungen von Herrn Krause hielt **Herr Wehrich** für unangemessen, da er ausdrücklich deutlich gemacht hätte, dass Verhandlungen mit dem Landesverwaltungsamt aufgenommen werden sollen. Es gäbe nur eine unterschiedliche Auffassung dazu, auf welcher Grundlage diese Verhandlungen geführt werden sollten.

Weiter wies **Herr Wehrich** darauf hin, dass es bei einer Kündigung der Vereinbarung für den Oberbürgermeister leichter sei, in Verhandlungen zu einer neuen Vereinbarung zu gehen.

Zu den Äußerungen von Herrn Kley, führte **Herr Wehrich** aus, dass es in diesem Sinne noch keinen Sparberater gebe, da das Landesverwaltungsamt den von der Verwaltung vorgeschlagenen Berater nicht akzeptiert habe. Insofern gebe es auch keine Person, die entsprechende Vorschläge machen könne.

Und so wie es im Moment sei, mit Herrn Rauschenbach, dass könne man befürworten, da es jemand sei, der die Stadt berät und Vorschläge macht, aber der Rat nach wie vor freie Hand habe, ob die Vorschläge beschlossen werden oder nicht.

Dies sei die richtige Vorgehensweise und deshalb werde die Vereinbarung nicht befürwortet und seine Fraktion plädiere dafür, jetzt zu kündigen und neu zu verhandeln.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, wies darauf hin, dass die Diskussion jetzt eigentlich beendet sei, da der Oberbürgermeister sich entschieden habe, den Antrag mit zu übernehmen. Und damit sei ein Konflikt, der letztendlich mit dem Landesverwaltungsamt aus der gesamten Haushaltssituation heraus im letzten Jahr begann, definiert. Es sei eine Aufgabe an den Oberbürgermeister signalisiert, die Gespräche mit dem Landesverwaltungsamt zu führen. Dieser Prozess sei abgeschlossen.

An Herrn Knöchel gewandt merkte **Herr Wolter** an, dass die Diskussion, dass niemand gebraucht werde, der Vorschläge macht, nicht sinnvoll sei. Es müsse ein partnerschaftliches Verhältnis mit dem Landesverwaltungsamt angestrebt werden.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, führte dazu aus, dass Herr Knöchel „Partnerschaft“ anders definiert habe, als in der Vereinbarung festgelegt. Diese sei in der Vereinbarung sehr einseitig und restriktiv gegen das Etatrecht des Stadtrates bestimmt und aus diesem Grund stimme er der Position, wie sie Herr Knöchel vorgetragen habe, zu.

Herr Dr. Meerheim legte kurz noch einmal dar, warum es zu dieser Situation gekommen sei. Der Vergabeausschuss habe einen Beschluss zur Vergabe gefasst und das Landesverwaltungsamt habe sein Einvernehmen dazu verweigert.

Dem Sparberater wurde in der heutigen Sitzung unbemerkt oder bemerkt für seine bisherige Tätigkeit im Rahmen der Haushaltsdiskussionen ein Lob erteilt. Aus seiner Sicht werde diese Person benötigt, um mit dessen Sachverstand der Stadt zu helfen. Der in der Vereinbarung beschriebene Sparberater sei nicht erforderlich.

Herr Rauschenbach wird aller Voraussicht nach am 31.03.2013 seine Arbeit einstellen.

Herr Dr. Meerheim fragte in diesem Zusammenhang, worüber mit dem Landesverwaltungsamt verhandelt werde. Er erklärte, dass die Stadt Zeit verliere, um die anstehenden Aufgaben zu erfüllen, sollte das Verhandlungsergebnis mit dem Landesverwaltungsamt im Juni feststehen.

Deswegen war seine Fraktion von Anfang an gegen den Antrag und deswegen werden sie sich bei dem Antrag der SPD-Fraktion enthalten und dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen.

Abschließend stellte **Herr Krause, SPD-Fraktion**, an Herrn Oberbürgermeister die Frage, ob dieser gewillt sei, die von der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, vorgeschlagene Formulierungsänderung von Fortsetzung durch **Anpassung** zu ersetzen.

Herr Häder wies noch einmal darauf hin, dass es nicht fair wäre, mit bestimmten Inhalten gegen die Vereinbarung zu argumentieren.

An Herrn Dr. Meerheim gewandt, äußerte sich **Herr Häder** dahingehend, dass es widersprüchlich sei, zu sagen, es sei schade dass Herr Rauschenbach jetzt seine Arbeit einstellen muss. Das liege nicht an den Verhandlungen mit dem Landesverwaltungsamt. Und wenn der Rat der Meinung wäre, dass es so wichtig sei und unbedingt gebraucht werde, dann könnte auch beschlossen werden, dass eine Vergabe erfolgen soll.

Aber im Vergabeausschuss gab es einen entsprechenden Antrag des Oberbürgermeisters, auch ohne Einvernehmen des Landesverwaltungsamtes Herrn Rauschenbach einen Auftrag zu erteilen. Und er könne sich nicht daran erinnern, dass die Vertreter der Linken diesen Antrag befürwortet hätten, obwohl es jetzt aus ihrer Sicht so wichtig wäre.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand ergriff das Wort und machte deutlich, dass er mit der von Herrn Krause vorgeschlagenen Umformulierung von Fortsetzung in **Anpassung** einverstanden sei.

Auf Hinweis von Herrn Kley verlas **Herr Lange, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates**, den Text der Beschlussfassung, wie er entsprechend übernommen, lautet:

„Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich in Verhandlungen mit dem Landesverwaltungsamt über die Möglichkeiten der Anpassung der Vereinbarung zur Haushaltskonsolidierung (Beschlussvorlage Nr. V/2012/10763) unter den eingetretenen Bedingungen einzutreten und dem Stadtrat zeitnah das Ergebnis dieser Verhandlungen vorzulegen.“

zu 6.7.1.1 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Vorlage "Aufhebung der Vereinbarung zwischen dem Landesverwaltungsamt und der Stadt Halle (Saale) zur Haushaltskonsolidierung vom 27.06.2012" (Vorlage: V/2013/11579)
Vorlage: V/2013/11586**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Der Text des Änderungsantrages wird folgendermaßen geändert:

Der Stadtrat beschließt, die Vereinbarung zwischen dem Landesverwaltungsamt und der Stadt Halle (Saale) zur Haushaltskonsolidierung aufzuheben.

*Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich in Verhandlungen mit dem Landesverwaltungsamt über **eine neue Vereinbarung** ~~die Möglichkeiten der Fortsetzung der Vereinbarung zur Haushaltskonsolidierung (Beschlussvorlage Nr. V/2012/10763)~~ unter den eingetretenen Bedingungen einzutreten und dem Stadtrat zeitnah das Ergebnis dieser Verhandlungen vorzulegen.*

zu 6.7.1 **Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Vorlage "Aufhebung der Vereinbarung zwischen dem Landesverwaltungsamt und der Stadt Halle (Saale) zur Haushaltskonsolidierung vom 27.06.2012" (Vorlagen-Nr. V/2013/11495)
Vorlage: V/2013/11579**

Abstimmungsergebnis: **erledigt**
durch Verwaltung übernommen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Der Text der Beschlussvorlage wird durch folgenden Text ersetzt:

*Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich in Verhandlungen mit dem Landesverwaltungsamt über die Möglichkeiten der ~~Fortsetzung~~ **Anpassung** der Vereinbarung zur Haushaltskonsolidierung (Beschlussvorlage Nr. V/2012/10763) unter den eingetretenen Bedingungen einzutreten und dem Stadtrat zeitnah das Ergebnis dieser Verhandlungen vorzulegen.*

**zu 6.7 Aufhebung der Vereinbarung zwischen dem Landesverwaltungsamt und der Stadt Halle (Saale) zur Haushaltskonsolidierung vom 27.06.2012
Vorlage: V/2013/11495**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich in Verhandlungen mit dem Landesverwaltungsamt über die Möglichkeiten der ~~Fortsetzung~~ **Anpassung** der Vereinbarung zur Haushaltskonsolidierung (Beschlussvorlage Nr. V/2012/10763) unter den eingetretenen Bedingungen einzutreten und dem Stadtrat zeitnah das Ergebnis dieser Verhandlungen vorzulegen.

**zu 6.8 Teilnahme von zwei Stadträten an der 37. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 23. bis 25. April 2013 in Frankfurt am Main
Vorlage: V/2013/11518**

Herr Lange, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates, wies darauf hin, dass ein geänderter Beschlussvorschlag zugegangen sei. Darin werden Frau Wolff und Herr Bönisch zum Städtetag entsandt.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, informierte darüber, dass in der letzten Fraktions-sitzung festgelegt wurde, dass statt Herr Bönisch für die CDU-Fraktion Herr Raik Müller die Stadt bei der 37. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vertreten wird.

Herr Misch, CDU-Fraktion, machte darauf aufmerksam, dass es in der Vergangenheit schon einmal das Problem gegeben habe, dass die Einwohnerzahl für die Besoldung von Beigeordneten maßgeblich war. Aus diesem Grund fragte er an, ob die Stadt noch 250.000 Einwohner hätte, da in der Vorlage stehe, bis zu 250.000 Einwohner = 2 Mitglieder und wenn die Zahl darunter liege, könnten keine 2 Vertreter geschickt werden.

Herr Lange wies darauf hin, dass es eine **bis**-Regelung sei und damit könnten 2 Vertreter geschickt werden.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt, dass **Frau Sabine Wolff (Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM) und Herr ~~Bernhard Bönisch~~ Herr Raik Müller (CDU-Stadtratsfraktion)** die Stadt Halle (Saale) als stimmberechtigte Mitglieder bei der 37. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Frankfurt am Main vertreten.
2. Der Stadtrat beschließt, dass diesen beiden Stadträten nach § 7 der Satzung über die Entscheidung ehrenamtlich tätiger Bürger die anfallenden Kosten von der Stadt Halle (Saale) gewährt werden.
3. Sollte ein Verhinderungsfall eintreten, entscheidet der Vorsitzende des Stadtrates auf Vorschlag der jeweiligen Fraktion über die Vertretung.

zu 7 **Wiedervorlage**

zu 7.3 **Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) an allen städtischen Schulen bis 2025 -
Vorlage: V/2013/11353**

zu 7.3.1 **Änderungsantrag des Stadtrates Dietmar Wehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) an allen städtischen Schulen bis 2025 (Vorlage: V/2013/11353)
Vorlage: V/2013/11585**

zu 7.3.2 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zum Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) an allen städtischen Schulen bis 2025 (Vorlagen-Nr.: V/2012/11353)
Vorlage: V/2013/11535**

zu 7.3.3 **Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle–NEUES FORUM zum Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle an allen städtischen Schulen bis 2025 (V/2013/11353)
Vorlage: V/2013/11601**

zu 7.3.4 **Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) an allen städtischen Schulen bis 2025 – (Vorlage: V/2013/11353)
Vorlage: V/2013/11605**

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, äußerte sich erfreut darüber, dass fast alle Fraktionen des Stadtrates sich mit Änderungsanträgen zu diesem Thema beteiligt hätten.

Zu Beginn teilte er mit, dass seine Fraktion die Änderungsanträge

zu 7.3.1 **Änderungsantrag des Stadtrates Dietmar Wehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) an allen städtischen Schulen bis 2025 (Vorlage: V/2013/11353)
Vorlage: V/2013/11585**

und

**zu 7.3.4 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) an allen städtischen Schulen bis 2025 – (Vorlage: V/2013/11353)
Vorlage: V/2013/11605**

übernehmen werde.

Herr Schachtschneider wies darauf hin, dass ihm nur die alte Beschlussvorlage vorliege, in welcher der Punkt 2 noch nicht geändert sei. In der ersten Diskussion im Stadtrat dazu, wurde der Vorschlag der Verwaltung übernommen.

Zu den Änderungsanträgen führte **Herr Schachtschneider** weiter aus, dass seine Fraktion nach langer Diskussion zu dem Entschluss gekommen sei, einen ersten Schritt zu tun. Und dieser erste Schritt sei Barrierefreiheit. Dieser Begriff sei klar definiert und es sei ein klares Ziel, welches man der Verwaltung mit der Zeitschiene geben wolle.

Er könne zwar den Grundtenor der Anträge der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat und der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, verstehen, aber die Frage sei, wie können diese Schritte gegangen und was könne wirklich gemacht werden.

Herr Schachtschneider warb ausdrücklich für den Antrag seiner Fraktion, einschließlich der Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD-Fraktion, da dies ein erster Schritt sei.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, brachte ihre Freude darüber zum Ausdruck, dass der Antrag überhaupt gestellt wurde und auch dass die Änderungsanträge übernommen worden sind.

Sie widersprach aber den Ausführungen von Herrn Schachtschneider darin, dass barrierefrei nicht nur bedeute, mobilitätseingeschränkten Personen die Möglichkeit zu geben, an den Dingen teilzunehmen, sondern dies betreffe auch andere Behinderungsarten, wie Blinde, Gehörlöse etc. Ihre Fraktion sehe keinen Grund, weshalb eine Behinderungsgruppe herausgegriffen werden sollte und deshalb plädieren sie dafür, dass der Rat dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, folge, die den Behinderungsbegriff weiterführe. In diesem Zusammenhang wies **Frau Dr. Brock** darauf hin, dass dann auch der Betreff des Antrages insgesamt geändert werden müsse.

Frau Dr. Brock machte weiterhin deutlich, dass mittelfristig eine Strategie entwickelt und mit entsprechenden Haushaltsberatungen in Verbindung gebracht werden müsse. Ihre Fraktion halte es aber nicht für legitim, sich nur auf eine Behinderungsgruppe zu konzentrieren.

Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, führte weiter dazu aus, dass er den Ausführungen von Herrn Schachtschneider Recht gebe, wenn es um den ersten Schritt gehe.

Es sei nicht möglich, alle halleschen Schulen barrierefrei, wie von Frau Dr. Brock angeführt, zu gestalten.

Als Verein habe er sich mit der Grundschule in der Hans-Dittmar-Straße beschäftigt. Hiervon gibt es im Stadtgebiet noch zwei baugleiche Schulen bei denen es fraglich ist, ob diese Schulen aufgrund des Gebäudes bestandsfähig seien. Im Rahmen der baulichen

Veränderungen ist es für die physische Barrierefreiheit unmöglich über Dinge des Brandschutzes oder anderen baulichen Voraussetzungen hinwegzugehen, die eine Schule in der heutigen Zeit haben muss.

Aus diesem Grund sei seine Fraktion für den Antrag der Fraktion DIE LINKE In den Ausschüssen sei nicht widersprochen worden, dass die bestehende Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung den Aufgaben die nötige Aufmerksamkeit schenken muss und zudem Fachleute, Pädagogen und Architekten hinzuziehen müsse.

Er werbe für den Vorschlag seiner Fraktion, denn es sei aus seiner Sicht sinnvoller die Materie im Komplex zu betrachten und schlug vor, in den Antrag aufzunehmen, bis wann das Konzept vorzulegen sei.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, erklärte, dass der CDU-Antrag richtig und wichtig sei, aber nicht weitgehend genug ginge. Schon alleine deshalb, wenn für 13 Jahre geplant werde mit einer Laufzeit bis 2025. Bis dahin ändern sich bestimmte Bedingungen.

Er wies darauf hin, dass auch mit dem Änderungsantrag seiner Fraktion eine komplette Inklusion noch nicht definiert werden könne. Aber man ginge davon aus, dass sich in den nächsten 13 Jahren die Bedingungen verändern und neue Techniken entwickelt werden, so dass man die Schulen schrittweise weiter ausbauen könne.

In diesem Zusammenhang kündigte er an, dass seine Fraktion den Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM unterstützen und die Zustimmung gebe werde.

Desweiteren machte **Herr Trömel** an drei Beispielen deutlich, wie seine Fraktion sich vorstelle, wie Planung funktionieren könne.

Es werden derzeit Schulen brandschutztechnisch saniert, hier werden Kabelschächte und Kabelkanäle eingerichtet. Es ist davon auszugehen, dass eine Planung vorgenommen wurde, die den Einbau von Hörschleifen oder anderer weitergehender Hilfsmittel nachträglich, bei Bedarf, zulässt.

Als weiteres Beispiel nannte er die Brandschutzsaniierung einer Schule, wo kleine Räume aufgelöst worden, zugunsten großer Klassenräume. Die kleinen Räume aber für eine inklusive Schulung, wie z. B. individuelle Förderung bzw. als Rückzugsmöglichkeit für Schüler benötigt werden.

Und zum dritten wies **Herr Trömel** darauf hin, dass er bei einer Sanierung oder Teilsanierung von Schulen davon ausgehe, dass in Zukunft auch eine Renovierung geplant sei. Damit werde man in die Lage versetzt, mit entsprechenden Farbkonzepten und Ähnlichem zu arbeiten, so dass nicht nur seheingeschränkte Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit der besseren Orientierung haben, sondern auch diejenigen, bei denen andere Sinneseinschränkungen vorhanden sind.

Es bestehe ein Investitionstau bei Schulen, Kindertagesstätten und anderen Einrichtungen der Stadt Halle, so dass sich der Stadtrat nichts vormachen müsse.

Schulen, die im nächsten oder übernächsten Jahr sanierte werden, werden in den nächsten 25 Jahren nicht noch einmal saniert.

Aus seiner Sicht sollte jetzt großzügig geplant werden und bestimmte Voraussetzungen schon jetzt berücksichtigt werden, als anschließend komplett neu zu sanieren.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE bleibe vorerst bestehen. Sollte jedoch der Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM eine Mehrheit finden so ist dies der weiterführende und seine Fraktion werde sodann den Antrag zurückziehen.

Frau Raab, FDP-Fraktion, äußerte sich zum Thema Inklusion dahingehend, dass nicht nur bewegungseingeschränkte Schüler dazu gehören, sondern alle Schüler, die von irgendeiner Form von Behinderung betroffen sind.

Sie machte deutlich, dass man nicht glauben könne, dass bis zum Jahr 2025 alle bestandsfähigen Schulen in der Stadt Halle auf den Stand zu bringen sind, den man sich wünscht. Dies sei nicht zu realisieren.

In diesem Zusammenhang erinnerte sie daran, wie lange es schon dauerte, die Glaucha-Schule ans Netz zu bekommen.

Frau Raab sprach sich im Namen ihrer Fraktion dafür aus, dass sie dem Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM durchaus folgen können, da es vernünftig sei sich der Sache anzunehmen auch ohne Fristsetzung.

Frau Raab erklärte, dass die FDP-Fraktion den Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM unterstützen werde.

Herr Müller, CDU-Fraktion, begründete die Herausnahme von bewegungseingeschränkten Schülern im Antrag der CDU-Fraktion.

Man wolle mit dem Antrag alle Behinderungsarten erfassen. Problematisch sei die Größe des Projektes, da z.B. auch in pädagogischer Hinsicht man mit der Umsetzung noch nicht so weit sei, da die genauen Anforderungen teilweise noch nicht definiert sind. Bei Bewegungseingeschränkten könne man jedoch ohne weiteres eine solche Definition vornehmen. Eine Gruppe wurde somit herausgenommen, um einen ersten Schritt zu wagen und das Projekt machbar und umsetzungsfähig zu gestalten.

Es sei aus seiner Sicht schade, dass mittels dem Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM die Frist herausgenommen werden soll, da der Antrag der CDU-Fraktion eine Zielsetzung darstellt, die 2025 zu einem hohen Anteil erreicht sein soll.

Er sei der Auffassung, dass die Schulentwicklungsplanung sich sowohl an den Erfordernissen der Gegenwart als auch denen der Zukunft definiere. Die Formulierung sei zu weich und **Herr Müller** bezweifelte, dass das Ziel tatsächlich verfolgt und entsprechend umgesetzt werde.

Herr Müller bat um Zustimmung des Antrages der CDU-Fraktion, da der Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM nicht stringent genug sei.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, begrüßte den Vorstoß, dass sich erstmalig mit dem Thema Inklusion im Rat auseinandergesetzt werde. Leider werde der Antrag der CDU-Fraktion nur einseitig dargestellt auf bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler. Er gab sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass die Diskussion im Bildungsausschuss nicht so ausführlich geführt wurde, wie im Stadtrat.

Der Änderungsantrag seiner Fraktion hatte die Absicht, dass die Finanzierung mit verankert werde, damit jedes Jahr in den Haushaltsberatungen darüber diskutiert werden könne.

Herr Diaby äußerte seine große Sympathie für den Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, da dieser weitergehend sei.

Er appellierte vor allem an die Mitglieder der CDU-Fraktion, dass man eine Einigung dahingehend erziele, dass der Antrag der Fraktion MitBÜRGER FÜR Halle – NEUES FORUM übernommen werde.

Ebenso sollte als Punkt 4 aufgenommen werden, dass in den Haushaltsberatungen das Thema Inklusion Berücksichtigung findet, so dass schrittweise dieses Thema angegangen wird.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, wies darauf hin, dass im Bildungsausschuss und auch in der aktuellen Diskussion zwei Dinge auffällig wären. Zum ersten gebe es die Situation, dass die einen die Inklusion jetzt erst mal vorrangig wollen in der Frage der Barrierefreiheit der Bewegungseingeschränkten und die anderen sagen, dass die Inklusion für alle Behinderungsarten gleich behandelt werden muss.

Zum zweiten verwies **Herr Beigeordneter Kogge** auf die Rahmenbedingungen, die es vom Land Sachsen-Anhalt gibt, die aber noch nicht in einer Verordnung festgeschrieben sind.

Er erklärte, dass die Elternschaft individuelle Ansprüche durchsetzen wolle z.B. am Südstadtgymnasium. Die Inklusion soll umgesetzt werden, da die Kinder auf normale Schulen gehen sollen, trotz ihrer Einschränkungen.

Dass der Antrag der CDU-Fraktion mit einem Datum versehen ist, ist eine Zielrichtung an die Verwaltung, bis zu welchem Zeitpunkt es zu erfüllen ist. Ohne Fristsetzung ist es aus seiner Sicht schwierig. Man könne dem Antrag Folge leisten und auch im Nachhinein ergänzen. Er bat darum, zu einer Entscheidung zu kommen, die die Einzelwünsche der Eltern berücksichtigt. **Herr Kogge** legte dar, dass die Eltern den Wunsch haben, dass die Kinder an jeder Schule aufgenommen werden, ohne Ausgrenzung.

Zum anderen, verwies **Herr Beigeordneter Kogge** darauf, dass trotz der Inklusion dennoch die Fördereinrichtungen nicht verhindert und auch nicht aufgelöst werden können. Denn es werde auch eine spezielle Förderung von Eltern gewünscht.

Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, ergänzte, dass im Antrag seiner Fraktion in der Überschrift das Wort bewegungseingeschränkt durch behindert ersetzt werden müsse und mit Verweis auf die Begründung zum Antrag stellte er fest, dass mit Barrieren jede Art gemeint sei.

An die Mitglieder der CDU-Fraktion gewandt, stellte **Herr Strech** dar, dass es sich nicht ausschließe, dass tatsächlich am schnellsten für die bewegungseingeschränkten Schüler eine Lösung gefunden werde.

Er legte dar, dass nicht an allen Schulen die Barrieren beseitigt werden können. Beispielhaft sei hier die Grundschule „Albrecht Dürer“ im Paulusviertel. Bauliche Veränderungen, wie der Einbau eines Fahrstuhles oder einer Rampe, seien nicht möglich.

Es werden an Schulen bauliche Veränderungen vorgenommen, die zum Teil schon saniert sind, um dann festzustellen, dass dort bspw. keine Rollstuhlfahrer beschult sind. Die Infrastruktur einer Großstadt muss berücksichtigt werden, so dass im ersten Schritt an einer Schule in einem Viertel, die auch dafür geeignet ist, die Barrierefreiheit zu einem vertretbaren Preis hergestellt wird.

Hierfür ist eine Arbeitsgruppe erforderlich, die das gemeinsam mit der Verwaltung vorantreibt.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, stimmte zu, dass die Stadt Halle nur im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten dies umsetzen könne.

Uneinig sei man sich darüber, ob man sich auf die mobilitätseingeschränkten Kinder beschränken oder ob die Behinderungen erweitert werden sollten. Diese weitere Sicht wurde von der CDU-Fraktion nicht übernommen.

Sie wies auch auf die Frage hin, wie das Thema in die Haushaltsberatungen eingebaut werden könne.

Frau Dr. Brock stellte weiterhin fest, dass in Bezug auf die Abstimmung noch die Schwierigkeit darüber bestehe, ob der Beschlusspunkt der SPD-Fraktion aufgenommen wurde. Dieser könne nicht in Konkurrenz zum dritten Punkt stehen, welcher von ihrer Fraktion aufgenommen wurde, sondern dieser müsste an einer anderen Stelle eingeordnet sein.

Bevor in die Abstimmung eingetreten werde, müsste es eine Klarheit geben, worüber eigentlich abgestimmt werden soll. Zum einen gebe es das Verfahren, wo wird was eingeordnet und zum anderen der zu entscheidende Dissens, ob alle Behinderungsarten inkludiert werden sollen.

Herr Lange, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates, sagte eine klare Formulierung der Beschlusspunkte vor Abstimmung zu.

Frau Dr. Sitte, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, erläuterte noch einmal, welche Genesis der Antrag hatte und verwies darauf, dass es den Antrag der CDU gab, welcher sich auf eine Gruppe von Kindern beschränkt.

Dann sei im Ausschuss durch ihre Fraktion ein Änderungsantrag gestellt wurden, da es nach dem Gleichbehandlungsgesetz bzw. auch nach dem Grundgesetz und der UN-Behindertenkonvention nicht ginge, dass man eine Gruppe herausgreife.

Man müsste in diesem Falle den Eltern erklären, dass ihre Kinder in dem Antrag nicht berücksichtigt werden. Sie sei dafür, dass für mobilitätseingeschränkte Kinder eine schnelle Veränderung und Verbesserung erzielt wird, doch müsse man die Balance finden.

Dem Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM ist das Grundanliegen, nämlich alle Kinder mit Förderbedarf im Sinne eines individuellen Lernprozesses aufzunehmen, gelungen. Sollte bei man bei der Diktion bleiben, wird bis 2025 nur eine Gruppe von Kindern im Fokus sein. Dies ist aus Sicht der Fraktion DIE LINKE nicht vertretbar.

Der Schwerpunkt ist die Weiterfassung auch auf andere Kinder mit Förderbedarf. Dazu gehören, im Rahmen der Inklusion, hochbegabte Kinder wie Kinder, die im klassischen Sinne eine Förderung bedürfen.

Insofern ist für die Fraktion DIE LINKE mit dem vorliegenden Antrag eine neue Situation entstanden, indem schrittweise alle Gruppen Berücksichtigung finden. Diesem werde die Fraktion zustimmen.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, warf die Frage auf, für wen Politik gemacht werde. Politik werde für die Leute gemacht, die wirklich betroffen seien. In diesem Fall für Eltern und natürlich auch ihre Kinder.

Er wies darauf hin, dass die Reaktionen durch die Eltern der bewegungseingeschränkten Kinder eingegangen sind. Und diese erwarten eine Entscheidung.

Herr Schachtschneider sagte zum Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, dass dieser unverständlich und nicht ausreichend formuliert sei.

Bezüglich der Umbaumaßnahmen teilte **Herr Schachtschneider** mit, dass in den Grundsatz- und Baubeschlüssen die verschiedenen Rampen und Fahrstühle aufgezeigt werden. Es ist davon auszugehen, dass auf die nicht vorhandenen Induktionsschleifen hingewiesen wird. Erfahrungsgemäß wird ein entsprechender Änderungsantrag gestellt zu dem die Verwaltung eine sachliche Stellungnahme abgibt. Von geringem Aufwand kann demnach keine Rede sein. Der Antrag der CDU-Fraktion soll einen Anfang darstellen, welche kontrollierbar ist.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN fragte nach, ob bei Zustimmung des Änderungsantrages der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM alle Beschlusspunkte des CDU-Antrages hinfällig seien.

Er bat darum, sollte dieser Fall eintreten, dass der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN nochmals zur Abstimmung gebracht wird. Dieser müsse dann zum Ursprungsantrag abgestimmt werden.

Zu den Ausführungen von Herrn Wehrich stellte **Herr Lange** klar, dass der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufrechterhalten werden soll.

Herr Strech äußerte sich zum Verfahren dahingehend, dass seine Fraktion ohne weiteres den Antrag der SPD-Fraktion als Punkt übernehme werde und auch den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Herr Lange fasste abschließend zusammen, dass als Ursprungsantrag der Antrag der CDU-Fraktion vorliege.

- Die CDU-Fraktion habe signalisiert, dass sie den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN übernehme. Das wäre dann zum Antrag der CDU ein entsprechender Punkt 3.
- Dann wurde signalisiert, dass ebenfalls der Antrag der SPD-Fraktion übernommen werde, dies wäre dann eine Ergänzung unter dem Punkt 2.
- Dann wurde darum gebeten, dass unter Punkt 2 eine Fassung aufgenommen werde, wie sie die Verwaltung vorgeschlagen habe.
Diese würde lauten:
Die Stadtverwaltung unterrichtet im Rahmen der jährlichen Fortschreibung der Prioritätenliste Investitionen an Schule n und Horten Teil 1 über die erfolgten und geplanten Maßnahmen zur Erreichung dieses Zieles.
- Dann würde sich der Punkt anschließen, den die SPD vorgeschlagen hatte, dass das Thema Inklusion in den Haushaltsberatungen eine Rolle spielen soll.

Das wäre der erste Antrag, über den abgestimmt werden müsse.

Herr Lange führte weiter aus, dass noch der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat vorliege, der aufrecht erhalten bleibt, wenn der Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM nicht entsprechend angenommen werde.

Die Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM habe ihren Änderungsantrag auch entsprechend modifiziert. Sie nehmen in einem vierten Punkt den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und in einem fünften Punkt dann den Antrag der SPD-Fraktion auf.

zu 7.3.3 **Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle an allen städtischen Schulen bis 2025 (V/2013/11353)**
Vorlage: V/2013/11601

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Beschlusstext wird wie folgt geändert:

1. Die Stadt Halle (Saale) verfolgt das Ziel, **schrittweise** alle bestandsfähigen städtischen Schulen in Halle (Saale) baulich so zu verändern, dass **die Schulobjekte den gesicherten pädagogischen Erfordernissen der Gegenwart entsprechen und möglichst flexibel auch langfristig den künftigen Herausforderungen gerecht werden können.**
2. **Dieser Grundsatz ist in der Schulentwicklungsplanung zu verankern und bei allen anstehenden baulichen Maßnahmen gebührend zu berücksichtigen.**
3. Die Stadtverwaltung unterrichtet **im Rahmen der jährlichen Fortschreibung der Prioritätenliste Investitionen an Schulen und Horten Teil 1 (Stadtratsbeschluss V/2012/10921 vom 12.12.2012) über die** geplanten Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels.
4. **Die Verwaltung wird beauftragt, bis Ende 2013 für alle städtischen Schulen eine Maßnahmenbeschreibung (aufgeschlüsselt nach baulichen Maßnahmen und Ausstattung) zu erstellen, sowie eine Kostenschätzung für die Maßnahmen vorzunehmen und die Gremien des Stadtrates zu informieren.**
5. **Dieser Bericht ist mit den jährlichen Haushaltsberatungen zu verknüpfen.**

Herr Lange wies darauf hin, dass der Antrag der CDU-Fraktion dermaßen geändert wurde, dass es keinen Sinn mehr mache, über diesen abzustimmen, sondern dass über den so geänderten Antrag in Gänze abgestimmt werden muss.

zu 7.3 **Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) an allen städtischen Schulen bis 2025 -**
Vorlage: V/2013/11353

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschluss:

1. Die Stadt Halle (Saale) verfolgt das Ziel, **schrittweise** alle bestandsfähigen städtischen Schulen in Halle (Saale) baulich so zu verändern, dass **die Schulobjekte den gesicherten pädagogischen Erfordernissen der Gegenwart entsprechen und möglichst flexibel auch langfristig den künftigen Herausforderungen gerecht werden können.**
2. **Dieser Grundsatz ist in der Schulentwicklungsplanung zu verankern und bei allen anstehenden baulichen Maßnahmen gebührend zu berücksichtigen.**

3. Die Stadtverwaltung unterrichtet **im Rahmen der jährlichen Fortschreibung der Prioritätenliste Investitionen an Schulen und Horten Teil 1 (Stadtratsbeschluss V/2012/10921 vom 12.12.2012)** über die geplanten Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, bis Ende 2013 für alle städtischen Schulen eine **Maßnahmenbeschreibung (aufgeschlüsselt nach baulichen Maßnahmen und Ausstattung)** zu erstellen, sowie eine **Kostenschätzung für die Maßnahmen vorzunehmen und die Gremien des Stadtrates zu informieren.**
5. **Dieser Bericht ist mit den jährlichen Haushaltsberatungen zu verknüpfen.**

Herr Lange stellte fest, dass die Abstimmung der 3 anderen Anträge

zu 7.3.1 **Änderungsantrag des Stadtrates Dietmar Wehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) an allen städtischen Schulen bis 2025 (Vorlage: V/2013/11353)**
Vorlage: V/2013/11585

zu 7.3.2 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zum Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) an allen städtischen Schulen bis 2025 (Vorlagen-Nr.: V/2012/11353)**
Vorlage: V/2013/11535

zu 7.3.4 **Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der CDU-Fraktion - Schaffung einer Beschulungsmöglichkeit für bewegungseingeschränkte Schülerinnen und Schüler in Halle (Saale) an allen städtischen Schulen bis 2025 – (Vorlage: V/2013/11353)**
Vorlage: V/2013/11605

nicht mehr erforderlich sei, da der Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM der weiterführende war.

zu 7.4 **Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zu einem Tarifmoratorium der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH)**
Vorlage: V/2012/11187

Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, berichtete, dass der MDV am 26.03.2012 der Tarifierhöhung zugestimmt habe und er fragte an, wie sich die Stadt Halle dazu verhalten hätte.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag, in welcher dargelegt wurde, dass die Notwendigkeit der Tarifierhöhung gesehen werde.

Herr Dr. Köck bedankte sich für die ausführliche Stellungnahme der Verwaltung, welche deutlich mache, dass der Stadtrat prüfen müsse, ob das Verfahren zurückgeholt werde. In der Begründung werde dargestellt, dass die Verkehrsunternehmen in den Aufsichtsratssitzungen des jeweiligen Vorjahres, die Höhe der Einnahmesteigerung, die durch die Tarifierhöhungen erzielt werden sollen, festlegen. Diese Entscheidungen treffen ausschließlich die Verkehrsunternehmen, die diese dann umsetzen müssen. Davon betroffen sind sowohl private als auch die kommunalen Unternehmen.

Dazu äußerte sich **Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion**, dahingehend, dass der gestellte Antrag scheinbar populär sei. Würden die Kunden der Beförderungsunternehmen befragt werden, sei ein klares Ergebnis zu erwarten.

Man müsse jedoch die Verantwortung übernehmen, die Kosten für die Beförderungsunternehmen steigen und man könne sich nicht der Realität verweigern, zumal es sich hier um einen zuschussbedürftigen Bereich handelt.

Es müssen die Kosten weitergegeben werden, andernfalls werden der Stadt und ihren Unternehmen, insbesondere den Stadtwerken weitere Belastungen auferlegt.

Herr Müller bat darum, über die beiden Beschlusspunkte getrennt abzustimmen. Die CDU-Fraktion werde den zweiten Beschlusspunkt ablehnen.

Herr Beigeordneter Stäglin ging nochmals auf die zwei Beschlusspunkte ein und legte dar, dass dazu offen kommuniziert wurde. Es habe eine offene und klare Diskussion und Kommunikation zur Zeitschiene im Finanzausschuss dazu gegeben. Die Schwierigkeiten, die die Verwaltung sieht, wurden aufgezeigt. Weiterhin bat er, bei Diskussionsprozessen innerhalb der Fraktionen auch zu berücksichtigen, dass dieser Verbund eine Errungenschaft für die Region darstellt.

Wenn über die Region Mitteldeutschland gesprochen wird, so ist der MDV eine Organisation bzw. Institution, die zu einer Verknüpfung der Region geführt hat.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, sagte, dass er bereits in der Haushaltsdebatte auf die Notwendigkeit der Finanzierung hingewiesen habe. Hierbei stand weiterhin die Frage im Raum, ob diejenigen beteiligt werden, die die Kosten stemmen.

Diese Frage war zudem Thema der Nahverkehrsplandiskussion. Aus der Stellungnahme der Verwaltung geht hervor, dass dem ersten Beschlusspunkt zugestimmt werden müsse. Der MDV hat in der Informationsveranstaltung für Stadträte und Landtagsmitglieder deutlich gemacht, dass die Räte und die kommunalen Gebietskörperschaften beteiligt werden sollen.

In den Diskussionen des Finanzausschusses wurde zugesagt, dass die eingebrachten Informationen zum MDV auch gewährleistet werden sollen

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, wies darauf hin, dass zum einen der Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat im Beschlusspunkt zwei, so wie er jetzt geändert ist, nicht heißt, dass es keine Tarifierhöhung geben soll, sondern dass er an den Beschlusspunkt eins anknüpft und aussagt, dass untersucht werden soll, ob es Effizienzvorteile vielleicht anderweitig gebe, die dazu führen, dass auf Tarifierhöhungen verzichtet werden könne. Wenn dann doch noch Tarifierhöhungen notwendig sein sollten, dann sei der Stadtrat in der gehörigen Form rechtzeitig zu beteiligen.

Er zeigte sich überrascht darüber, dass Herr Dr. Köck erst auf Nachfrage das Abstimmverhalten der Stadtverwaltung in der Gesellschafterversammlung erfahren habe. Das Verhalten der Verwaltung wurde ausführlich im Finanzausschuss diskutiert

Im Übrigen werbe **Herr Häder** dafür, beiden Beschlusspunkten zuzustimmen. Aus seiner Sicht sei es sinnvoll dazu offen im Stadtrat zu kommunizieren und die Stadt an den Entscheidungen rechtzeitig zu beteiligen und letztlich auch hier die Entscheidung zum Abstimmverhalten zu treffen.

Herr Kley, FDP-Fraktion, brachte zum Ausdruck, dass der Antrag unehrlich sei, wenn gesagt werde, der MDV möge alternative Finanzierungsmöglichkeiten suchen. Diese seien relativ gering und bestehen im öffentlichen Zuschuss der Kommunen und in ein paar Werbeeinnahmen. Er wies auch weiter darauf hin, dass bei Eintreten des Punktes 2 es heißen würde, dass die Stadt sich einer Gebührenerhöhung versagt.

Dies hätte zur Folge, dass nach dem Gesellschaftervertrag MDV, diejenigen, die im Erfolgsfalle die Gebührenerhöhung verhindern, schadensersatzpflichtig gegenüber den anderen Teilnehmern des MDV sind. Ob das ernsthaft durchgesetzt werde, sei dann die Frage.

Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, stellte zu den Ausführungen von Herrn Hildebrandt fest, dass das Thema wirklich populär sei, aber nicht nur für den Bürger, sondern vielleicht auch für die Kommune. Es gäbe 26 Mio. Euro Investitionsstau bei den Straßen und jeder Nichtfahrende im öffentlichen Nahverkehr fahre evtl. mit irgendwelchen Kfz, was wiederum die Straßen belaste.

An Herrn Hildebrandt gewandt führte **Herr Sieber** weiter aus, dass in der Strategiediskussion zum MDV in Leipzig vorgestellt wurde, dass mehr Effizienz ins System des MDV gebracht werden solle. Es wurde dort vorgestellt, dass es auch Beispiele gebe, wo sich die Nutzerzahlen durch entsprechende Maßnahmen erhöht haben in den letzten Jahren und nicht mehr Geld ins System geflossen sei, sondern einfach durch eine bessere Naherschließung und ein besseres Angebot mehr Nutzer erreicht worden sind.

Abstimmungsergebnis:

Einzelabstimmung

B.-Punkt 1: mehrheitlich zugestimmt
B.-Punkt 2: mehrheitlich abgelehnt
23 Ja-Stimmen
25 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

geänderter Beschluss:

1. Der Oberbürgermeister bzw. dessen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH) werden beauftragt, im Rahmen der Strategiediskussion innerhalb der Gesellschaft auch alternative Formen zur Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs anstatt der jährlichen Tarifanpassungen untersuchen lassen. Das Ergebnis dieser Untersuchung ist dem Stadtrat zur Kenntnis zu geben.
2. ~~Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister bzw. dessen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der MDV GmbH, bis zur Vorlage des Strategiepapiers „Entwicklung des Verbundraums und des integrierten Verbundsystems bis zum Jahr 2025“ etwaiger keiner Tarifierhöhungen erst nach vorheriger Beschlussfassung des Stadtrates zuzustimmen.~~

**zu 7.5 Antrag der Stadträte Dr. Uwe-Volkmar Köck und Olaf Sieber (Fraktion DIE LINKE) zur Maßnahmenumsetzung des Integrierten Kommunalen Klimaschutzkonzeptes
Vorlage: V/2013/11369**

Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, führte kurz dazu aus, dass sich der Antrag erledigt hätte und zurückgezogen werde.
Gleichzeitig regte er an, dass die 10 Punkte seiner Fraktion vorrangig geprüft werden.

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit, bis wann und mit welchem Aufwand sich folgende im Integrierten Kommunalen Klimaschutzkonzept vorgeschlagenen, wirtschaftsfördernden und ökologischen Maßnahmen umsetzen lassen:

- *Halle (Saale) berät bei Bau und Sanierung*
- *Musterwohnung energieeffizientes Wohnen*
- *Runder Tisch „Energetische Sanierung“ in Halle (Saale)*
- *Ausstellungsraum Stadt – Energietechnik in Halle (Saale)*
- *Stoffliche Verwertung von CO₂*
- *Netzwerk betriebliches Umwelt- und Energiemanagement*
- *Weiterentwicklung des Gebäudemanagements*
- *Energiekonzepte fürs Quartier*
- *Speicherung von Fernwärme*
- *Halplus GrünAnlage²*

Das Ergebnis der Prüfung ist den zuständigen Ausschüssen und dem Stadtrat bis September 2013 vorzulegen.

**zu 7.6 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Nutzung eines Gebäudes für den Eishockeyfanclub
Vorlage: V/2012/11274**

Frau Raab, FDP-Fraktion, stellte fest, dass der Antrag in den Ausschüssen relativ einstimmig beschlossen, aber jetzt durch die Stadtverwaltung kurzfristig eine Stellungnahme verteilt wurde, in welcher der Antrag abgelehnt werde, ohne wirklich neue Argumente für die Ablehnung vorzubringen.

In der Ablehnung des Antrages führe die Verwaltung aus, dass sie sich Sorgen mache, dass keine Mittel bereitstehen für die bauliche Instandsetzung des letztlich übrigbleibenden Fangebäudes. Dazu stellte **Frau Raab** fest, dass auch schon in der Begründung des Antrages stand und auch im Rahmen der Antragsberatung deutlich gemacht wurde, dass die Fanclubs bereit seien und auch die Absicht erklärt haben, diese Kosten dafür selbst aufzubringen und das auch in Eigenleistung soweit herzurichten, dass es ihren Anforderungen entspreche.

Sie könne deshalb nicht verstehen, weshalb dies als Hinderungsgrund angeführt wurde.

Desweiteren werde in der Ablehnung die Trennung bzw. Abtrennung der Gebäude für notwendig erachtet, weil sich darin elektrische Anlagen befinden. **Frau Raab** wies darauf hin, dass auch bei dem beabsichtigten Abriss des Gebäudes, diese Kosten für den Rückbau angefallen wären.

Sie richtete ihre Ausführungen an Herrn Oberbürgermeister und wies darauf hin, dass es hier eine große Gruppe von Menschen gäbe, die etwas tun und auch Verantwortung übernehmen wollen und auch Mittel und ihre Arbeitskraft dafür einsetzen wollen.

Sie könne nicht glauben, dass die vorgebrachten Bedenken den Intentionen des Oberbürgermeisters entsprechen und sie bittet auch die Stadträte, dem Antrag zuzustimmen.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, berichtete, dass im Sportausschuss ein Änderungsantrag zu diesem Antrag vorlag, dem dort auch zugestimmt wurde. Und im Planungsausschuss habe man sich dazu verständigt, dass dieser sich mit dem Zusatz im Beschlusstext des FDP-Antrages „haushaltsneutral für die Stadt Halle“ erledigt habe.

Er könne an dieser Stelle die FD-Fraktion in voller Gänze unterstützen und die Antwort der Stadtverwaltung überhaupt nicht verstehen. Man sollte sich jetzt mit dem Sportverein an einen Tisch setzen und dann auch wirklich vertraglich verabreden, dass diese das Gebäude zur Verfügung gestellt bekommen, ohne den städtischen Haushalt zu belasten und entsprechend die Maßnahmen durchführen, dass die Sicherheit gewährleistet ist und das Gebäude genutzt werden kann.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Das L-Gebäude südlich der Eissporthalle wird **haushaltsneutral für die Stadt Halle (Saale)** den Fanclubs der Saale Bulls zur Nutzung zur Verfügung gestellt.

**zu 7.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Erstellung eines Konzeptes zu den Kosten der Unterkunft
Vorlage: V/2012/11276**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die **Verwaltung legt dem Stadtrat** bis zum Mai 2013 ein Konzept zu den Kosten der Unterkunft **vor**, das die Urteile des Bundesverfassungsgerichtes und des Bundessozialgerichtes in Bezug auf die Regelsätze und die Heizkosten berücksichtigt.

In dem Konzept untersucht die Stadtverwaltung u.a. die Gründe für das abnehmende Angebot an Wohnungen mit niedrigen Mieten und überprüft dabei insbesondere in wieweit eigene Handlungen, z.B. Regelungen bei der Erstattung der Kosten der Unterkunft, Steigerung der Grundsteuer, Erhöhung der Kosten von Energie und Wasser durch neue Abgaben dieses befördert haben.

In regelmäßigen Abständen, mindestens jedoch jährlich, berichtet die Verwaltung dem Stadtrat über sich ergebene Veränderungen aus Bundesgesetzgebungen bzw. örtlichen Gegebenheiten wie der Entwicklung des Wohnungs- und Mietmarktes oder der Entwicklung von Verbraucherpreisen und der sich daraus ergebenden Veränderungen für die Kosten der Unterkunft in der Stadt Halle (Saale).

**zu 7.8 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Sondernutzung in der Leipziger Straße
Vorlage: V/2013/11366**

Herr Lange, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates, wies darauf hin, dass der Antrag am 21.03.2013 geändert wurde und eine Stellungnahme für den Ursprungsantrag vorliege. Ebenfalls wurde zum geänderten Antrag vom 21.03.2013 zur Stadtratssitzung eine neue Stellungnahme verteilt.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, wies darauf hin, dass mit dem Antrag auf die Problematik aufmerksam gemacht werden sollte, dass sich vor der Ulrichskirche regelmäßig Werbestände befinden und oftmals die Werber in einer sehr aggressiven Art und Weise versuchen, Mitgliedschaften etc. abzuschließen. Diese Duldung werde z. B. einem Obdachlosen, welcher Geld erbitte, versagt, mit der Begründung auf die Gefahrenabwehrverordnung.

Ziel des Antrages sei, dass an dieser Stelle die gleiche Sensibilität an den Tag gelegt werde und man darauf achte, dass die Leute, die auch eine Gebühr an die Stadt errichten, und dort werbend tätig werden, die Passanten nicht belästigen.

Die Verwaltung werde mit dem Antrag darum gebeten, bei konkreten Anhaltspunkten, dass bestimmte Vereine oder Organisationen dort auffällig werben, darauf zu verzichten, diesen konkreten Organisationen oder Vereinen die Erlaubnis zu erteilen, dort tätig zu werden.

Herr Misch, CDU-Fraktion, fragte an, ob sich die Verwaltung vorstellen könne, bei der Erteilung solcher Sondernutzungsgenehmigungen darauf hinzuweisen, dass die im Antrag bemängelten Sachverhalte von vornherein als Bedingung ausgeschlossen seien.

Dem Vorschlag von Herrn Misch stimmte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** zu.

Herr Misch wies darauf hin, dass aufgrund der Antwort der Verwaltung, dass sie bei der Erteilung der Sondernutzungsgenehmigungen den Passus anbringe, dass die kritisierten Sachverhalte nicht zulässig sind, sich der Antrag erledigt hätte.

Abstimmungsergebnis: **erledigt**
durch Antragsteller

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

*bei der Erteilung von ~~Sondernutzungserlaubnissen~~ **Genehmigungen/Erlaubnissen** zum Aufbau von Ständen etc. zur Mitglieder-, Spenden- und sonstigen Werbung an Vereine und sonstige Organisationen/Personen in geeigneter Weise sicher zu stellen, dass keine Werbung in einer dem aggressiven Betteln gemäß § 5 der Gefahrenabwehrverordnung vergleichbaren Art und Weise erfolgt. Gegebenenfalls ist auf die Erteilung entsprechender ~~Sondernutzungserlaubnisse~~ **Genehmigungen/Erlaubnisse** zu verzichten.*

zu 7.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Maßnahmen im Bereich Radverkehrsförderung
Vorlage: V/2013/11374

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, stellte fest, dass die Förderung des Radverkehrs als umweltfreundliche Verkehrsart der Stadt besonders am Herzen liegen sollte. In der Vergangenheit habe es an verbaler Verbundenheit dazu nicht gefehlt und auch der Verkehrsentwicklungsplan, der für 2025 erarbeitet wurde, nimmt dieses Thema mit auf. Vor diesem Hintergrund sollten Maßnahmen, die mit geringem finanziellem Aufwand, aber mit einer hohen symbolischen Wirkung durchzuführen sind, umgesetzt werden.

Herr Feigl, wies auf die Aufforderung im Punkt 4 hin, dass die Verwaltung längst beschlossene Maßnahmen aus dem Jahre 2010, nämlich die Beschilderung der halleschen Radrouten durchzuführen, umsetzt.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, fragte nach, ob gesichert sei, dass dieser Antrag zulässig wäre.

Dazu erklärte Herr Schreyer, **amtierender Fachbereichsleiter Recht**, dass der Antrag zulässig sei.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, in welcher Form sich die Stadt Halle an einem Projekt der Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt beteiligen kann, welches das Ziel hat, Neubürgerinnen und Neubürger für die Nutzung des Fahrrads in Alltag und Freizeit zu gewinnen.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob eine Beteiligung der Stadt Halle an der Aktion Stadtradeln 2013 möglich ist und mit welchen Partnern eine Realisierung erfolgen kann.
3. Zum jährlichen Fahrrad- und Umwelttag in Halle führt die Stadt eine öffentliche verkehrspolitische Fahrradtour durch und informiert dabei vor Ort über aktuelle Straßen- und Wegeplanungen.
4. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Ausschilderung der wesentlichen Freizeit- und Fernradrouten im Stadtgebiet sicherzustellen und einen Stadtratsbeschluss vom 27.01.2010 (Beschluss zu Antrag V/2009/08344) umzusetzen, wonach am Hauptbahnhof oder auf dem Bahnhofsvorplatz eine Infotafel mit einer Übersichtskarte zu den Fernradwegen bzw. die Radrouten in Halle und Umgebung zu errichten ist.

zu 8 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 8.1 Prüfauftrag der CDU-Fraktion zur Turnhalle des Südstadtgymnasiums Vorlage: V/2013/11523

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, informierte, dass er den Antrag dank der Antwort der Verwaltung dahingehend ändern möchte, dass kein Prüfauftrag sondern ein Auftrag gegeben werden soll. Gleichfalls soll der Antrag um einen Punkt ergänzt werden, und zwar um die letzte Rampe, dies wären 6 Stufen, die zur Turnhalle führen. Diese seien immer noch ein Hindernis für jemanden im Rollstuhl.

Herr Lange, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates, bat um eine konkrete Formulierung dazu.

Herr Schachtschneider erläuterte daraufhin, dass im Betreff das Wort prüfen entfallen soll und der Beschluss dann laute:

Die Verwaltung wird beauftragt, alle Maßnahmen schnellstmöglich zu treffen, um in der Turnhalle des Südstadtgymnasiums:

1. die letzte fehlende Rampe zu installieren und
2. behindertengerechte Toiletten und
3. einen behindertengerechten Zugang zu den Umkleieräumen in der Sporthalle

zu schaffen.

Seit vielen Jahren wurde erklärt, dass es sich hierbei um das einzige behindertengerechte Gymnasium handelt, barrierefrei in allen Punkten. Eine Turnhalle gehört seiner Meinung nach ebenso dazu.

Erst im Zuge der vielen Anträge machten Eltern darauf aufmerksam, dass hier keine Barrierefreiheit gegeben ist.

Herr Kley, FDP-Fraktion, legte dar, dass seine Fraktion dem Prüfauftrag sofort zugestimmt hätte, weil auch die Notwendigkeit gesehen werde. Aber einen Beschluss zum sofortigen Bau mit der Deckung aus dem Haushalt halte er nicht für beschlussfähig.

Könne ihm jedoch die Verwaltung sagen, was der Umbau koste und in welcher Haushaltsposition das Geld bereit stehe und wie man die Realisierung sehe, könne man dem Antrag zustimmen. Sollte dies nicht beantwortet werden können, würde Herr Kley eine Verweisung in den Antrag bevorzugen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, verwies auf die Antwort der Verwaltung und führte aus, dass durch den EB ZGM eine Prüfung erfolgt sei und die Mittel im Rahmen von ZGM-Tätigkeiten im Rahmen der laufenden Tätigkeiten untersetzt werden. Er kenne auch nur die Zahl von 40.000 Euro.

In Bezug auf die Antwort der Verwaltung verwies **Herr Kley** den Antrag in den Bildungsausschuss und in den Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach VOB, VOL, HOAI und VOF.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion
in den
Bildungsausschuss
und in den
**Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben
nach VOB, VOL, HOAI und VOF**

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Maßnahmen schnellstmöglich getroffen werden können, um in der Turnhalle des Südstadtgymnasiums:

- 1. behindertengerechte Toiletten*
- 2. einen behindertengerechten Zugang zu den Umkleieräumen in der Sporthalle*

zu schaffen.

**zu 8.2 Prüfauftrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Planetarium
Vorlage: V/2013/11526**

Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion, informierte zum Antrag ihrer Fraktion, dass der Standort des Planetariums keine befriedigende Lösung sei, da wegen des Hochwassers dort immer Investitions- und Ersatzmaßnahmen vorgenommen werden müssen. Sie bat um Zustimmung zu dem Prüfauftrag und verwies darauf, dass bei Vorlage der Prüfergebnisse durch die Verwaltung es noch genügend Zeit gäbe, dies in allen Ausschüssen, die sich damit befassen wollen, zu beraten.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird gebeten bis zum Juni 2013 zu prüfen:

1. Ist es sinnvoll, weiter in das Planetarium mit Standort Peißnitzinsel zu investieren oder einen neuen Standort im Salinekomplex zu erwägen?
2. Welche Finanzierungsmöglichkeiten sieht die Verwaltung bei Kostengegenüberstellung beider Standorte?
3. Sind der Verwaltung Förderprogramme bekannt, die zur Finanzierung dieser Einrichtung herangezogen werden könnten?

**zu 8.3 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle
Vorlage: V/2013/11533**

**zu 8.3.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag der
CDU-Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle [V/2013/11533]
Vorlage: V/2013/11600**

Herr Müller, CDU-Fraktion, erläuterte, dass der Antrag der CDU-Fraktion in den Hauptausschuss verwiesen wurde und es gäbe dort eine gute Möglichkeit, auch über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion zu beraten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag in den Hauptausschuss.

**zu 8.3.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag der
CDU-Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle [V/2013/11533]
Vorlage: V/2013/11600**

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Hauptausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

Der Stadtrat beschließt die Kündigung / die Reduzierung der Beitragshöhe folgender Mitgliedschaften zum nächstmöglichen Zeitpunkt:

Kündigung:

- *Klima-Bündnis Alianza del Clima/Climate Alliance e. V. (1.300,00 €)*
- *Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen-Anhalt e.V. (1.025,00 €)*
- *German Industry & Commerce (Taicang) Co.Shanghai (15.192,00 €)*
- ***UfU – Unabhängiges Institut für Umweltfragen e. V. (5.000,00 €)***

Reduzierung Beitragshöhe:

- *Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland (~~erhebliche Beitragsreduzierung~~ **auf max. 5.000,00 € p.a.**)*
- ~~*UfU – Unabhängiges Institut für Umweltfragen e. V. (1.000,00 € statt 5.000,00 €)*~~

zu 8.3 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle
Vorlage: V/2013/11533

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Hauptausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Kündigung / die Reduzierung der Beitragshöhe folgender Mitgliedschaften zum nächstmöglichen Zeitpunkt:

Kündigung:

- *Klima-Bündnis Alianza del Clima/Climate Alliance e. V. (1.300,00 €)*
- *Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen-Anhalt e.V. (1.025,00 €)*
- *German Industry & Commerce (Taicang) Co.Shanghai (15.192,00 €)*

Reduzierung Beitragshöhe:

- *Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland (erhebliche Beitragsreduzierung)*
- *UfU – Unabhängiges Institut für Umweltfragen e. V. (1.000,00 € statt 5.000,00 €)*

zu 8.4 Antrag der Stadträte Lothar Dieringer (CDU-Fraktion) und Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zur Erstellung eines Ansiedlungskonzeptes
Vorlage: V/2013/11536

Herr Dieringer, CDU-Fraktion, verwies darauf, dass in der Beratung zum Haushalt der Begriff Konzern Stadt genannt wurde. Wenn man dies ernst nehme, dann müsste man den Konzern Stadt auch so führen wie einen Konzern bzw. wie einen familienfreundlichen Betrieb. Wenn man das täte, würde man öfter die Frage stellen, wie das Ergebnis verbessert und Einnahmen generiert werden könnten.

In der Statistik werden 18 ostdeutsche Städte geführt und die entsprechenden Gewerbe-einnahmen dargestellt. Von den 18 Städten belegt Halle den unrühmlichen 16. Platz mit einer Gewerbesteuerereinnahme von gerundeten 204 EUR pro Einwohner.

Der Spitzenreiter, Düsseldorf, hat eine Gewerbesteuerereinnahme von 1.300 EUR pro Einwohner. Im Vergleich zu Halle ergebe dies eine Gesamtsumme von 299 Mio. EUR für die Stadt Halle. Gewerbesteuerereinnahmen in Höhe von 508 EUR pro Einwohner, wie sie Frankfurt/Oder erzielt, sind aus seiner Sicht für die Stadt Halle machbar. Dies wären in Summe für Halle 117 Mio. EUR an Gewerbesteuerereinnahmen.

Betrachtet man diese Beträge, so lässt sich feststellen, dass die Stadt Halle im Bereich der Ansiedlungspolitik Nachholbedarf habe.

Der Bereich der Wirtschaftsförderung hat neben Herrn Dr. Francke fähige Mitarbeiter. Man muss sie mit entsprechender Kompetenz und den finanziellen Mitteln ausstatten, um eine vernünftige Ansiedlungspolitik auszuüben, um so in den kommenden Jahren höhere

Gewinne zu erzielen.

Innerhalb von zwei bis drei Jahren werde man die Gewerbesteuereinnahmen nicht signifikant erhöhen können, doch irgendwann müsse man damit anfangen.

In diesem Sinne bat Herr Dieringer um Zustimmung zum Antrag und wies darauf hin, dass ein wesentlicher Punkt die formulierte Zielplanung sei.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN, äußerte sein Erstaunen zu diesem Antrag. Er verwies auf den Inhalt des Konzeptes und merkte an, dass vieles von dem, was als Ergebnis gesehen werden soll, schon im Internet vorhanden sei.

Die Gewerbeflächen, die zur Verfügung stehen, sind alle im Internet angeboten. Die Ausstattungsmerkmale sind im Netz im Detail verfügbar. Ein kurzer Blick auf die entsprechenden Seiten würde genügen und die Antworten liegen vor.

Dem von Herrn Dieringer dargestellten Ziel stimmte **Herr Wehrich** zu und er verwies darauf, dass die Stadt Halle durchaus ein Einnahmeproblem im Bereich der Gewerbesteuern habe. Aber schon seit Jahren werden daran gearbeitet und er stellte die Frage, was dazu im Wirtschaftsförderungsausschuss passiere.

Dieser Antrag sei eine Armutserklärung gegenüber der Verwaltung und gegenüber dem entsprechenden Bereich von Herrn Beigeordneten Neumann, dass diese offensichtlich nicht in der Lage seien, darzubringen, was sie für Aktivitäten entfalten. Insofern könne er dem Antrag in dieser Form nicht zustimmen.

In der Antwort der Verwaltung werde auch auf ein früheres Konzept von Roland Berger verwiesen, welches offensichtlich auch keinen Erfolg hatte und deswegen gehe der Antrag an jeglicher Realität komplett vorbei.

Zur Antwort der Verwaltung stellte **Herr Wehrich** fest, dass die Formulierung der Sätze so verschachtelt sei, dass diese nicht verstanden werden können und auch nichts aussagen würden. Vom Ziel sei auch gar nicht klar, wie die Verwaltung sich dazu stelle. Es seien keine Kosten und Auswirkungen dargestellt und damit auch nicht im Sinne einer guten Zusammenarbeit mit dem Stadtrat.

Abschließend stellte **Herr Wehrich**, fest, dass es nur einen Punkt gäbe, den er für zustimmungswürdig halte und dies wäre der letzte Absatz:

„Im Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung und Beschäftigung ist jedes Jahr im 2. Quartal Bericht zu erstatten, welche Veränderungen sich im Vorjahr ergeben haben und in welchem Maß die Zielplanung erfüllt wurde.“

An Herrn Dieringer gewandt, führte **Herr Wehrich** aus, dass es gerade zum STAR-Park Aktivitäten gegeben habe, diesen zu vermarkten, aber dies im Moment nicht möglich sei. Und seine Fraktion sei die einzige gewesen, die gesagt habe, dass es der falsche Weg für die Wirtschaftsförderung wäre, so ein riesiges Gewerbegebiet zu erschließen. Es wurden dort 2 – 3stellige Millionenbeträge versenkt als Stadt, ohne dass es eine konkrete Aussicht gab, Gewerbe dort anzusiedeln.

Und gerade die CDU-Fraktion habe dies verfolgt. Aus diesem Grund sei auch die CDU-Fraktion mit verantwortlich dafür, dass in den letzten Jahren eine ziemlich verfehlte Ansiedlungspolitik betrieben wurde und mit dem jetzt beantragten Konzept werde dies mit Sicherheit nicht eingeholt.

Herr Wehrich verwies den Antrag in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschafts-

förderung sowie Beschäftigung und in den Finanzausschuss.

Frau Raab, FDP-Fraktion, brachte ihre Verwunderung darüber zum Ausdruck, dass die CDU-Fraktion bzw. Teile der CDU-Fraktion den Wirtschaftsbeigeordneten, welcher auch der CDU angehört, beauftragen, seine Arbeit zu machen. Dies könne intern geklärt werden.

Ansonsten führte sie an, dass extra ein Dezernat eingeführt wurde, um dem Thema Wirtschaftsförderung zu der Bedeutung zu verhelfen, die es auch für die Stadt hat, nämlich perspektivisch die Einnahmesituation der Stadt zu verbessern. Passiert sei auf diesem Gebiet nicht viel bis gar nichts.

Aus diesem Grund verweise ihre Fraktion den Antrag auch in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung. Man erhoffe sich dort eine intensive Abarbeitung der einzelnen Punkte. Dies sei die Aufgabe des Wirtschaftsbeigeordneten und es sei schlimm genug, dass auf diesem Gebiet überhaupt nichts passiert sei. Der Wirtschaftsbeigeordnete habe im Ausschuss die Gelegenheit, den Stadträten zu erklären, warum von seiner Seite aus nichts passiert sei.

Herr Krause, SPD-Fraktion, stellte ebenfalls fest, dass die Aufgaben im Dezernat Wirtschaftsförderung gut bearbeitet werden könnten. Aus diesem Grund begrüße seine Fraktion den Antrag und die Verweisung in den Ausschuss.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion
in den
Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung
und in den
Ausschuss für Finanzen,
städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Gewerbe-Ansiedlungskonzept zu erstellen und dem Stadtrat vor der Sommerpause 2013 zur Beschlussfassung vorzulegen.

In diesem Konzept sollen, unter anderem, folgende Punkte behandelt werden:

- *Welche Gewerbeflächen stehen derzeit zur Verfügung (kommunal und privat)?*
- *Über welche Ausstattungsmerkmale verfügen diese Gewerbeflächen (Größe, Erschließung, planungsrechtliche Einordnung, Nutzungsmöglichkeiten, etc.)?*
- *Mit welcher Strategie können Neuansiedlungen und Erweiterungen bestehender Betriebe erreicht werden? Wie könnte diese Strategie weiterentwickelt werden?*
- *Auf welchen Wegen versucht die Stadtverwaltung bislang ansiedlungswillige Unternehmen zu finden? Welche weiteren Wege kann sich die Stadtverwaltung künftig vorstellen?*
- *Welche Verwaltungsstruktur ist für eine qualifizierte Ansiedlungspolitik am geeignetsten (Zuständigkeiten; Hierarchien)?*
- *Welche Fördermittel und Beratungsmöglichkeiten stehen für Interessenten zur Verfügung?*
- *Mit welchen Vorzügen wirbt die Stadt für eine Ansiedlung (Alleinstellungsmerkmale)?*
- *Wie würde sich eine Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes auf Ansiedlungen auswirken? Gibt es Beispiele, wo dadurch die Ansiedlungsquote gesteigert werden konnte?*
- *etc.*

Beschlussvorschlag:

Verantwortung für die Zukunft der Saale übernehmen

Nachdem die Entscheidung über den Bau des Saale-Seitenkanals erneut vertagt wurde, sollte die auf das Engste mit dem Fluss verbundene Stadt Halle/ Saale die Initiative ergreifen, um sich Gedanken über deren weitere Zukunft auch ohne einen Seitenkanal zu machen.

Der Stadtrat möge beschließen:

- 1. Die Stad Halle/ Saale ergreift die Initiative und lädt alle Saaleanlieger und Nutzungsinteressenten zu einer Konferenz über die zukünftige Gestaltung und Nutzung der Saale (ohne Saaleseitenkanal) ein.*
- 2. Der OB wird gebeten, die Hafengesellschaft zu beauftragen, bei der verladenden Wirtschaft definitive Aussagen zur Bereitschaft der Unternehmen zu erlangen, Schiffstransporte unter den gegebenen Schifffahrtsbedingungen durchzuführen.*
- 3. Die Stadtverwaltung entwickelt konzeptionelle Vorstellungen zur zukünftigen Rolle der Stadt Halle als Mitglied des „Blauen Bandes“.*
- 4. Der Prozess der Ideenfindung, Diskussion und Entscheidungsvorbereitung ist so bürgernah wie möglich auszugestalten.*
- 5. Bis zum Vorliegen eines schlüssigen Gesamtkonzeptes sind Grundsatzentscheidungen über den Hafen Halle-Trotha auszusetzen.*

**zu 8.6 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Nutzungsperspektive des Gebäudes
Albert-Schweitzer-Straße 40
Vorlage: V/2013/11522**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, zu ermitteln, ob der Bund das Gebäude perspektivisch weiter zu nutzen gedenkt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in Abhängigkeit vom Ergebnis der Ermittlung zu prüfen, ob das Gebäude für eine Nutzung als Hortgebäude für die Grundschulen des Paulusviertels geeignet ist und gegebenenfalls mit dem Bund Verhandlungen über eine solche Nutzung aufzunehmen.

zu 8.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Abbildung der Leistungsebene in der Haushaltsplanung
Vorlage: V/2013/11502

zu 8.7.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Abbildung der Leistungsebene in der Haushaltsplanung (Vorlagen-Nummer V/2013/11502)
Vorlage: V/2013/11602

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gab den Hinweis, dass kurzfristig eine Erweiterung zum Antrag eingereicht wurde, nach der eine einheitliche Darstellung des Haushaltes, was die Änderungen im Haushalt betreffen, erfolgen soll. Die Stellungnahme der Verwaltung sei auch positiv dazu.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, äußerte sich dahingehend, dass er den Antrag eigentlich für überflüssig gehalten hätte, weil es sich von selbst erkläre, da im Haushaltsplan stehe, dass es zu jedem Produkt eine Leistungsbeschreibung gebe. Aber in diesem Jahr gebe es die Beschreibung nur bei etwa 10 % der Produkte und bei den übrigen fiel sie leider aus.

Für den Haushalt 2014 wünsche sich seine Fraktion, dass dies im nächsten Jahr besser werde und die Leistungsbeschreibung darin Berücksichtigung findet.

zu 8.7.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Abbildung der Leistungsebene in der Haushaltsplanung (Vorlagen-Nummer V/2013/11502)
Vorlage: V/2013/11602

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Beschlusstext wird um folgenden Punkt 2 ergänzt:

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bei künftigen Haushaltsberatungen in den Ausschüssen des Stadtrates verwaltungsintern vorgeschlagene Änderungen am Haushaltsentwurf in Form von einheitlichen Austauschblättern vorzulegen und dabei die geänderten Haushaltsansätze zu kennzeichnen sowie kurz in schriftlicher Form zu erläutern.

**zu 8.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Abbildung der Leistungsebene in der Haushaltsplanung
Vorlage: V/2013/11502**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, ab der nächsten Einbringung einer Beschlussvorlage zur Haushaltsplanung und Haushaltssatzung der Stadt Halle (Saale) für jedes Produkt die Leistungsebene als Mitteilung abzubilden.
2. **Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bei künftigen Haushaltsberatungen in den Ausschüssen des Stadtrates verwaltungsintern vorgeschlagene Änderungen am Haushaltsentwurf in Form von einheitlichen Austauschblättern vorzulegen und dabei die geänderten Haushaltsansätze zu kennzeichnen sowie kurz in schriftlicher Form zu erläutern.**

**zu 8.8 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zu integrativen Horten
Vorlage: V/2013/11551**

Frau Raab, FDP-Fraktion, erläuterte dazu, dass man sich schon mehrfach auch im Jugendhilfeausschuss mit dem Thema beschäftigt und festgestellt habe, dass eine Hortbetreuung für Kinder, die an Förderschulen in der Stadt Halle beschult werden, fehle. Mit diesem Antrag werde ein Prüfauftrag dahingehend erteilt, dass wenigstens für eine Schule eine Lösung gefunden werde. Die vorgeschlagene Schule sei sehr groß und von den Räumlichkeiten nicht ausgelastet, so dass es im Bereich des möglichen liege, dort einen Hort einzurichten. Und da auch die Stadtverwaltung dem Antrag positiv gegenüber stehe, bat sie um Zustimmung zum Antrag ihrer Fraktion.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird gebeten, die Möglichkeit der Einrichtung eines integrativen Hortes im Gebäude der Pestalozzischule zu prüfen.

**zu 8.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verbesserung der Verkehrssicherheit für Kinder
Vorlage: V/2013/11545**

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, machte in der Begründung zum Antrag deutlich, dass in der Veröffentlichung des Kinderunfallatlasses 2012 die Stadt Halle sehr hohe Unfallzahlen im Vergleich zu anderen Städten ausweise. Und aus diesem Grund sei Ziel des Antrages, dass diese Ergebnisse ausgewertet und konkrete Maßnahmen, die helfen, dem gegenzusteuern, entwickelt werden.

Frau Dr. Brock verwies darauf, dass es laut der Antwort auf eine Anfrage von Frau Wolff zum gleichen Thema, offensichtlich schon erste Auswertungen geben würde und bat deshalb um Zustimmung zum Antrag ihrer Fraktion und Rücknahme der Verweisung durch die Verwaltung.

Herr Lange, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates, verwies darauf, dass die Verwaltung in ihrer Stellungnahme den Antrag in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten verwiesen habe und dies jetzt noch formal tun müsse.

Frau Wolff, Fraktion MitÜRGER für Halle – NEUES FORUM, machte darauf aufmerksam, dass bei Verweisung des Antrages ebenfalls die Anfrage, die auch das Antragsziel beinhalte, mit bearbeitet werde.

Herr Misch, CDU-Fraktion, bat zu beachten, was passieren würde, wenn aufgrund der Auswertungen verkehrsrechtliche Anordnungen notwendig werden, die dem übertragenen Wirkungskreis zuzuordnen sind.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand, verwies den Antrag mit den Intentionen von Frau Wolff in den Ordnungsausschuss.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Ergebnisse des Kinderunfallatlas 2012 der Bundesanstalt für Straßenwesen für die Stadt Halle und deren Ursachen zu analysieren und dem Stadtrat bis zur Sitzung im September 2013 ein Konzept zur Verbesserung der Verkehrssicherheit für Kinder mit konkreten Vorschlägen für entsprechende Maßnahmen vorzulegen.

**zu 8.10 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur barrierefreien
Verbindung von Steintor-Campus und Steintor-Platz
Vorlage: V/2013/11546**

Herr Menn, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte den Antrag seiner Fraktion dahingehend, dass es um die geplante Steintorpassage, zwischen Steintor-Campus und Steintor-Platz gehe. Dies sei eine private Baumaßnahme, die durch öffentliche Gelder, im Sinne von Fördermitteln, mehr oder weniger finanziert werde. Er verwies darauf, wenn schon mit öffentlichen Geldern Baumaßnahmen unterstützt werden, dann sollte man auch dafür sorgen, dass das nachher von allen Bürgern der Stadt genutzt werden könne.

Herr Sänger, CDU-Fraktion, verwies im Namen seiner Fraktion den Antrag in den Planungsausschuss.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion
in den

Ausschuss für Planungsangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, sich in Kooperation mit dem privaten Bauherren dafür einzusetzen, dass für die neu geplanten Steintorpassage ein Aufzug als eine möglichst direkte behindertengerechte Verbindung zwischen neuem Steintor-Campus der Martin-Luther-Universität und dem im Rahmen des Stadtbahn-Programms umzugestaltenden Steintor-Platzes realisiert wird. Dabei sind auch die langfristig anfallenden Kosten für unterbrechungsfreien Betrieb, Unterhalt und Wartung von vorneherein konzeptionell zu berücksichtigen.

**zu 8.11 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Unterstützung des
Rockstation-Kultur e.V.
Vorlage: V/2013/11547**

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, machte darauf aufmerksam, dass es schwierig sei für einen Verein, ein neues Objekt in der Stadt Halle zu suchen.

Der Zeitdruck der Kündigung im Falle der Rockstation mache das Problem nicht einfacher und er freue sich darüber, dass die Verwaltung in ihrer Stellungnahme geschrieben habe, dass bereits Gespräche mit den Betreibern der Rockstation geführt wurden.

Im Namen ihrer Fraktion verwies **Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion**, den Antrag in den Kulturausschuss.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, verwies darauf, dass die Verwaltung den Antrag als erledigt betrachten sollte, da aus der Antwort hervorgehe, dass schon entsprechende Gespräche laufen und Besichtigungen von Räumlichkeiten stattgefunden haben. Eine Prüfung sei deshalb nicht mehr erforderlich, da das Anliegen des Antrages in der Verwaltung schon lange umgesetzt und aktiv begleitet werde.

Frau Raab, FDP-Fraktion, schloss sich den Äußerungen von Herrn Häder an, wies aber darauf hin, dass die Rockstation nicht der einzige Verein auf der Suche nach Räumen in der Stadt Halle sei. Schon bei Antragstellung sollte ein Vorschlag für bestimmte Räumlichkeiten gemacht und die Stadt nur noch um Prüfung der Realisierbarkeit gebeten werden.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion
in den
Kulturausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie der Verein „Rockstation-Kultur e.V.“ bei der Suche nach einem Ausweichobjekt für bisher genutzte Räumlichkeiten in der Hafestraße in Halle unterstützt werden kann. Insbesondere ist dabei zu untersuchen, ob dem Verein ein geeignetes städtisches Objekt zu angemessenen Konditionen zur Verfügung gestellt werden kann.

**zu 8.12 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Neubesetzung im
Aufsichtsrat der EVH GmbH
Vorlage: V/2013/11548**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) schlägt der Gesellschafterversammlung der Energieversorgung Halle GmbH Herrn Christian Feigl für eine Berufung in den Aufsichtsrat vor.
2. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, alle zur beschlussgemäßen Umsetzung notwendigen Maßnahmen einzuleiten.

**zu 8.13 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Umsetzungen von
Mitgliedern der Fraktion in Ausschüssen
Vorlage: V/2013/11549**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat entsendet Herrn Stadtrat Christoph Menn als Mitglied in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss.

2. Der Stadtrat entsendet Herrn Stadtrat Christian Feigl als Mitglied in den Bildungsausschuss.
3. Herr Stadtrat Christoph Menn scheidet aus dem Ausschuss für Planungsangelegenheiten aus. Der Stadtrat entsendet Herrn Stadtrat Christian Feigl als Mitglied in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten.

Herr Lange, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates, informierte, dass die Dringlichkeitsanträge im Block auf die Tagesordnung genommen wurden und er schlug vor, diese auch im Block abzustimmen.

Da kein Widerspruch dazu erfolgte, wurden die Tagesordnungspunkte 8.14, 8.15, 8.16, 8.17, 8.18 und 8.19 entsprechend im Block abgestimmt.

**zu 8.14 Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Berufung eines Sachkundigen Einwohners in den Sportausschuss
Vorlage: V/2013/11580**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beruft Herrn Andrej Stephan zum Sachkundigen Einwohner in den Sportausschuss.

**zu 8.15 Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Berufung eines Sachkundigen Einwohners in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss
Vorlage: V/2013/11581**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beruft Herrn Eric Eigendorf zum Sachkundigen Einwohner in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss.

**zu 8.16 Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Berufung eines Sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Wissenschaft- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung
Vorlage: V/2013/11582**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beruft Herrn Christian Weinert zum Sachkundigen Einwohner in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung.

**zu 8.17 Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten
Vorlage: V/2013/11589**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Herr Dr. Henrik Helbig wird als sachkundiger Einwohner in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten berufen.

**zu 8.18 Dringlichkeitsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Bildungsausschuss
Vorlage: V/2013/11595**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Als sachkundiger Einwohner im Bildungsausschuss scheidet Frau Lange, Friederike aus. Herr Mämecke, Steve wird als sachkundiger Einwohner in den Bildungsausschuss berufen.

zu 8.19 Dringlichkeitsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Berufung eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten
Vorlage: V/2013/11598

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Als sachkundiger Einwohner im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten scheidet Dr. Rürup, Carl-Ernst aus.

Herr Bernstiel, Christoph wird als sachkundiger Einwohner in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten berufen.

zu 9 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 9.1 Anfrage des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU-Fraktion) zur Wirtschaftlichkeit der Straßenbahntrasse entlang der Dölauer Heide
Vorlage: V/2013/11455

Herr Bauersfeld verwies darauf, dass er keine Antwort der Verwaltung zu seiner Anfrage erhalten habe.

Da mehrere Mitglieder der CDU-Fraktion das Papier vorliegen hatten, bat **Herr Lange, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates**, die Verwaltung um Prüfung des Verbleibes der Antwort an Herrn Bauersfeld.

zu 9.2 Anfrage des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU-Fraktion) zum Lärmschutz in städtischen Turnhallen
Vorlage: V/2013/11524

Herr Schachtschneider nahm die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

zu 9.3 Anfrage des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU-Fraktion) zur Schulentwicklungsplanung Grundschulen nördliche Innenstadt von Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/11525

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.4 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zur
Entwicklung der Einwohnerzahl
Vorlage: V/2013/11534**

Herr Scholtyssek legte dar, dass er mit der Antwort der Verwaltung nicht zufrieden sei, da er im Punkt 2 explizit nach der jährlichen Entwicklung gefragt habe, aber in der Antwort der Verwaltung nur die Zahlen für 2012 vorgelegt worden sind. Aus diesem Grund bat er um Nachreichung des Zahlenmaterials.

In diesem Zusammenhang fragte er nach dem aktuellen Status der Zweitwohnsitzsteuer.

Dazu äußerte sich **Herr Bürgermeister Geier** dahingehend, dass es jetzt eine rechtsgültige Satzung gebe.

Die weiteren Antworten werden Herrn Scholtyssek zugeleitet.

**zu 9.5 Anfrage des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zu einer
Lärmschutzmaßnahme
Vorlage: V/2013/11538**

Herr Hildebrandt zeigte sich überrascht von der Antwort der Verwaltung und wollte wissen, welche Dezernate bzw. Fachbereiche zu diesem Thema involviert sein müssen, um eine vorläufige Antwort geben zu können. Da der Vorgang in der Bearbeitung sei, hätte man einen aktuellen Stand mitteilen können.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, wies darauf hin, dass mehrere Fachbereiche seines Dezernates betroffen seien und es die Situation gegeben habe, dass bestimmte Bearbeiter nicht da waren und es deshalb nicht möglich war, eine inhaltliche Antwort zu geben. Seiner Meinung nach sei es besser, die Antwort zu schieben, als nur eine Teilinformation zu geben.

**zu 9.6 Anfrage der CDU-Fraktion zur Charakterisierung der Stelle des/der
Museumsleiters/Museumsleiterin
Vorlage: V/2013/11540**

Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion, bedankte sich für die Antwort der Verwaltung, mit welcher ihre Fraktion aber nicht ganz zufrieden sei. Sie hätten gern noch gewusst, welche Qualifikation für diese Stelle erforderlich sei und welcher berufliche Werdegang vorausgesetzt werden müsse.

**zu 9.7 Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU-Fraktion) zum MDR-
Musiksommer
Vorlage: V/2013/11541**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.8 Anfrage der Stadträtin Birgit Leibrich (Fraktion DIE LINKE im Stadtrat) zur
Umsetzung seniorenpolitischer Leitlinien
Vorlage: V/2013/11527**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.9 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zu den eingerichteten Dienstleistungs-
zentren
Vorlage: V/2013/11520**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.10 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Inobhutnahmestelle in der
Klosterstraße
Vorlage: V/2013/11521**

Herr Krause, SPD-Fraktion, verwies darauf, dass das Gebäude in der Klosterstraße dringend eine Brandschutzsicherung brauche. Er regte an, dass die Verwaltung die Antwort noch einmal überarbeitet und zwar deshalb, weil erstens bei anderen Trägern Kosten für zusätzliche Plätze entstehen. Und zweitens würde seine Fraktion interessieren, warum das Gebäude nicht auf die Prioritätenliste gekommen ist.

Herr Lange, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates, fasste zusammen, da man noch nicht beim Tagesordnungspunkt Anregungen sei, dass dies die Bitte an die Verwaltung um Konkretisierung der Antworten wäre.

**zu 9.11 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zum Beschluss des Stadtrates zur
Entlastung bedürftiger Familien von den Kosten gemeinschaftlicher
Mittagsverpflegung in Kindertagesstätten sowie Grund- und Förderschulen
(Vorlagen-Nr. V/2011/09772)
Vorlage: V/2013/11528**

Herr Krause, SPD-Fraktion, informierte, dass im letzten Absatz der Antwort der Verwaltung stehe, dass im Grunde die Beanstandung der kommunalen Aufsichtsbehörde aufschiebende Wirkung hat.

In diesem Zusammenhang fragte er an, wie es wäre, wenn der Haushalt vom Landesverwaltungsamt genehmigt werde, ob dann die aufschiebende Wirkung nicht mehr gegeben sei. Er bat um eine konkretisierte Antwort der Verwaltung dazu.

zu 9.12 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Stromverbrauch an halleschen Schulen und Horten
Vorlage: V/2013/11552

Herr Kley, FDP-Fraktion, wies darauf hin, dass der Zustand bestehe, dass in verschiedenen Schulen und Horten Tag und Nacht das Licht brenne und die Kosten aus dem Etat des Geschäftsbereiches von Herrn Beigeordneten Kogge gezahlt werden müssen. Er stellte weiterhin dar, wenn in der Gesamtverwaltung Interesse bestehe, die Haushaltssituation zu verbessern, könnte vielleicht der Kämmerer versuchen, hier zu vermitteln, damit das Licht in den entsprechenden Schulen ausgeschaltet werde, um die Stromkosten in den Griff zu bekommen.

zu 9.13 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem Stadtratsbeschluss zur Prüfung von Strukturveränderungen im Bereich der städtischen Sportverwaltung
Vorlage: V/2012/10782

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Verzicht auf ein Vorkaufsrecht
Vorlage: V/2013/11460

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nutzung und Vergabe von städtischen Sporteinrichtungen
Vorlage: V/2013/11471

Dieser Tagesordnungspunkt wurde auf die Stadtratssitzung im April 2013 vertagt.

zu 9.16 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur zunehmenden sozial-räumlichen Segregation
Vorlage: V/2013/11542

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

**zu 9.17 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung des Stadtratsbeschlusses zur Erstellung eines Gleichstellungsaktionsplanes
Vorlage: V/2013/11543**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.18 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Abschiebepaxis in Halle
Vorlage: V/2013/11544**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.19 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beratung und Beschlussfassung des "E-Government Masterplan 2013-2020"
Vorlage: V/2013/11550**

Herr Weihrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dankte der Verwaltung für die Beantwortung, wies aber darauf hin, dass dies nicht der Inhalt der Anfrage gewesen sei. Seine Fraktion hatte konkret gefragt, welches Beteiligungs- und Abstimmungsverfahren zur Beschlussfassung des Masterplanes vorgesehen sei. Dazu sei leider keine Antwort erfolgt.

**zu 9.20 Anfrage des Stadtrates Tom Wolter (Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM) zum Sanierungsvorhaben Einzeldenkmal „Rive-Haus“
Vorlage: V/2013/11447**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.21 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM) zur Sicherheit für Kinder auf hallesche Straßen
Vorlage: V/2013/11531**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.22 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM) zu den Rentieren des Stadtmarketings
Vorlage: V/2013/11530**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10 **Mitteilungen**

zu 10.1 **Informationsvorlage zum Stand der Umsetzung von Beschlüssen in den beschließenden Ausschüssen** **Vorlage: V/2012/11017**

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

Herr Lange, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates, teilte mit, dass eine Information zum Brandschutzbedarfsplan 2013 vorliege.

zu 11 **mündliche Anfragen von Stadträten**

Anfrage Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Bauvorhaben Paulusviertel

Herr Wehrich fragte an, ob es einen neuen Stand zum Bauvorhaben im Paulusviertel gibt.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, teilte dazu mit, dass die HWGS eine Überarbeitung des Konzeptes vorgenommen und der Stadt zur Prüfung übergeben habe. Nach einer Rückmeldung durch die Verwaltung an die HWGS wird die Überarbeitung des Bauantrages erfolgen.

Herr Wehrich fragte weiterhin an, ob das geänderte Vorhaben im Planungsausschuss noch einmal vorgestellt werde.

Dazu informierte **Herr Beigeordneter Stäglin,** dass die Zielsetzung war, eine Mitteilung an die Stadträte zu geben bzw. das Vorhaben im öffentlichen Teil des nächsten Planungsausschusses vorzustellen. So wäre es auch mit der HWGS besprochen.

Anfrage Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Gespräch beim Landesamt für Altlastenfreistellung

Im Zusammenhang mit der Sanierung der Brunnenanlage in Neustadt fragte **Herr Wehrich** an, ob durch die Verwaltung über das Gespräch beim Landesamt für Altlastenfreistellung informiert werden könne.

Dazu informierte **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt,** dass von den 30 Mio. Euro bisher 10 Mio. Euro bewilligt seien für konkrete Anträge. Bei 10 Mio. Euro gehe das Landesamt für Altlastenfreistellung davon aus, dass aus den bereits bekannten Untersuchungen Maßnahmen kommen. Damit stehe das letzte Drittel noch zur Verfügung. Es wurde die weitere Vorgehensweise besprochen und es werde jetzt ein Antrag auf Förderung für notwendige weitere Untersuchungsschritte eingereicht. Im Moment sei man noch in der Abstimmung, jedoch wurde schon für die weiteren Planungsmittel signalisiert, dass eine Förderung dort grundsätzlich möglich sei.

Desweiteren fragte **Herr Wehrich** an, ob beim Landesamt für Altlastenfreistellung auch über die Baukosten geredet wurde.

Herr Beigeordneter Stäglin informierte zu den Baukosten, dass diese nicht für die Stadt reserviert werden könnten, aber bei dem aktuellen Bewilligungsstand sehe das Landesamt für Altlastenfreistellung nicht die Problematik, dass es keine Berücksichtigung der Stadt Halle geben könnte.

Anfrage Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zum Sozialraum

Frau Wolff informierte, dass die ASD-Stelle im Sozialraum I seit längerer Zeit nicht besetzt sei und sie fragte an, wann dieses Problem gelöst werde.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, teilte mit, dass es gelungen sei, die ASD-Stellen auszuschreiben und die Besetzung dieser Stellen werde so schnell wie möglich vorgenommen. Er wies aber auch darauf hin, dass der Krankenstand im ASD sehr hoch sei und dann leider Maßnahmen ergriffen werden müssten, wie zum Teil auch die Schließung eines Teams. Sollten die Stellen im April besetzt werden, könnten dann aber die Leistungen wieder voll angeboten werden.

Herr Beigeordneter Kogge bedankte sich ausdrücklich auch für die Unterstützung durch den Oberbürgermeister.

Anfrage Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur Bearbeitung von Fördermittelanträgen in den Dienstleistungszentren

In Bezug auf Fördermittel fragte **Frau Wolff** an, ob zukünftig vorgesehen sei, in einem Dienstleistungszentrum eine Fördermittelakquise zu betreiben, die auch Wettbewerbe, wie kommunaler Klimaschutz 2013 oder Papieratlas usw. mit aufnehmen werde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass die Fördermittelakquise im Dienstleistungszentrum Klimaschutz betrieben werde.

Anfrage Herr Müller, CDU-Fraktion, zur kommenden Saison in der Eissporthalle

Herr Müller bezog sich mit seiner Fragestellung auf die umfangreiche Berichterstattung in der Presse zur Eissporthalle und bat um den konkreten Kenntnisstand der Verwaltung dazu und er fragte weiterhin an, ob aus Sicht der Stadt in der kommenden Spielzeit der Eissport in der Eissporthalle abgesichert sein wird.

Eine Antwort dazu erwarte er im Sportausschuss.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand führte dazu kurz aus, dass Herr Beigeordneter Neumann für die Eissporthalle nicht mehr zuständig sei und eine Beantwortung dazu vom Geschäftsbereich III erfolgen werde. Er wies weiter darauf hin, dass die Eissporthalle in den nächsten Tagen in der Konzeption überprüft werde, um eine gesicherte Finanzierung durch die Stadt zu finden.

Anfrage Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zu STARK III

Herr Bönisch kritisierte, dass er auch schon im letzten Monat keinen Bericht zum Stand STARK III gesehen hätte und er fragte nach, wo der Bericht bleibe und wie der aktuelle Stand sei.

Dazu äußerte sich **Herr Bürgermeister Geier** dahingehend, dass vereinbart war, dass in den Stadtrat nur dann eine Information geht, wenn es Veränderungen zum vorherigen Stand gäbe. Und zweitens sei vereinbart, dass die regelmäßige Berichterstattung dazu im Finanzausschuss erfolgen solle. Und dies wäre auch geschehen.

Zum aktuellen Stand teilte **Herr Bürgermeister Geier** mit, dass er die entsprechenden Anträge für die erste Tranche mit Fristsetzung 31. März unterschrieben habe.

Für die zweite Tranche sei man in der Endabstimmung und könne dann bis Mai/Juni die entsprechenden Unterlagen vorbereiten. Dafür werde es eine regelmäßige Berichterstattung im Finanzausschuss und ff. Finanzausschüsse geben.

Herr Bönisch bat darum, eine schriftliche Information zu diesem Thema in den Finanzausschuss zu geben, um auch bei Abwesenheit darüber informiert zu sein.

Herr Bürgermeister Geier sicherte dies zu.

Anfrage Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, zu Städtepartnerschaften

Herr Dr. Diaby fragte zum Thema Städtepartnerschaften an, welche Veränderungen in diesem Bereich anstehen und ob die Beteiligten darüber informiert sind.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand führte dazu aus, dass keine Veränderungen bei den Städtepartnerschaften vorgesehen und geplant seien. Die Städtepartnerschaften werden weiter gepflegt.

Anfrage Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, zur Beantwortung von mündlichen Anfragen

Zur Beantwortung von mündlichen Anfragen stellte **Herr Diaby** fest, dass er seit Januar noch keine schriftliche Antwort auf mündliche Anfragen bekommen hätte und er fragte nach, wie damit umgegangen werde.

Dazu teilte Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand mit, dass ihm nicht bekannt sei, dass noch Fragen offen sind und er bat um eine konkrete Fragestellung dazu.

Anfrage Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, zur Akteneinsicht

Herr Hildebrandt berichtete, dass in der Stadtratssitzung im Januar durch seine Fraktion Akteneinsicht zu Personalmaßnahmen beantragt und durch den Rat auch gewährt wurde. Dies betraf Neueinstellungen, Umsetzungen und Höherbewertungen. Leider habe bis heute keine Akteneinsicht stattgefunden. Die Verwaltung habe durch das Rechtsamt mitteilen lassen, dass erstens der Akteneinsichts Antrag eingegrenzt werden soll. Das erfolgte durch seine Fraktion in der Form, dass beziehen wir uns, das haben wir auch schriftlich mitgeteilt,

auf die 39 Personalmaßnahmen, die in den Personalratssitzungen 12. Dezember, 18. Dezember und 9. Januar beraten worden sind.

Herr Hildebrandt fragte an, wann das Recht seiner Fraktion auf Akteneinsicht zu diesen Personalmaßnahmen umgesetzt werde. Er erinnerte daran, dass Akteneinsichten immer nichtöffentlich seien und insofern sei der zweite Einwand der Verwaltung zum Datenschutz nicht gerechtfertigt.

Herr Schreyer, amt. Fachbereichsleiter Recht, informierte, dass die Verwaltung darauf hingewiesen habe, dass der Zweck der Akteneinsicht noch näher zu bestimmen sei. Die Pflicht zur Verschwiegenheit führe nicht dazu, dass der Zweck der Akteneinsicht nicht näher konkretisiert werden müsse.

Anfrage Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zur Akteneinsicht

Herr Bönisch fragte zum gleichen Thema nach, ob als Begründung für die Akteneinsicht Neugier ausreiche. Seine Fraktion wolle Akteneinsicht nehmen, weil sie informiert werden möchten, über den Vorgang, der stattgefunden habe.

Dazu stellte **Herr Schreyer, amt. Fachbereichsleiter Recht**, fest, dass es einer Abwägung zwischen den Interessen der Personen, in deren Akten Einsicht genommen werden muss, und den Interessen auf Kontrolle der Verwaltung bedarf. Und es reiche nicht aus, dass gesagt werde, man sei neugierig.

Herr Bönisch wies wiederholt darauf hin, dass man informiert sein wolle über die Vorgänge und nach § 44 GO LSA sei der Stadtrat für alle Personalangelegenheit zuständig. Und man wolle nicht mitentscheiden, sondern nur informiert werden.

In diesem Zusammenhang bat **Herr Bönisch** um eine schriftliche Begründung, warum keine Akteneinsicht gewährt wird.

Herr Lange, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates, teilte abschließend mit, dass es die Bitte an die Verwaltung gäbe, die Antwort allen Fraktionen zuzuleiten.

Anfrage Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion, zur Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Hopfgarten bezog sich auf die Februarsitzung des Stadtrates und informierte, dass er dort zwei mündliche Anfragen gestellt habe. Eine Frage bezog sich auf ein Grundstück Reilstraße/Ecke Leopoldstraße und die zweite Frage auf die Durchsetzung der Gefahrenabwehrverordnung, speziell über den missbräuchlichen Gebrauch von Streusalz in Situationen, in denen die Satzung den Gebrauch von Salz verbietet. Eine schriftliche Beantwortung wurde damals durch den Oberbürgermeister zugesagt, bisher sei dies aber nicht erfolgt.

Dazu teilte **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, mit, dass zur Frage bezüglich des Grundstückes Reilstraße eine Antwort erfolgt und dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung zugeordnet wurde, da Informationen, den Grundstückseigentümer betreffend, weitergegeben worden.

Da die Antwort der Verwaltung nicht vorlag, bat **Herr Lange, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates**, die Verwaltung um Prüfung der ordnungsgemäßen Zustellung.

Zur zweiten Frage stellte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** fest, dass auch diese Antwort an die Fraktion zugestellt wurde.

Anfrage Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, zur Akteneinsicht

Zum Thema Akteneinsicht führte **Herr Knöchel** aus, dass das Akteneinsichtsrecht in der Gemeindeordnung als Allgemeinrecht formuliert sei und damit müsse der Rat seine Ermessensabwägung, weswegen er in die Akte einsehen möchte, nicht näher spezifizieren. Es sei ein Allgemeinrecht des Rates und auch nur deshalb einzugrenzen, damit die Verwaltung nicht alle Akten vorlegen müsse. Abwägungsprozesse, ob die Verwaltung die Akten vorlegt oder nicht, sind in der Gemeindeordnung nicht vorgesehen.

Herr Schreyer, amt. Fachbereichsleiter Recht, sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12 Anregungen

zu 12.1 Anregung der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Umsetzung des "Beschlusses zur Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Halle 2025" - Vorlage-Nr.: V/2012/10762 Vorlage: V/2013/11355

Herr Lange, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates, informierte, dass die Vorlage gemeinsam mit der Informationsvorlage zum ISEK 2025 behandelt werden soll.

zu 12.2 Anregung Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion, zu Beratungen

Frau Dr. Wünscher regte an, dass es sich nicht wiederhole, dass man sich in spätabendlichen Runden auf irgendetwas einigen würde und die Stadträte nur noch zum Abnicken einbestellt werden. Eine solche Verfahrensweise sei in der Gemeindeordnung nicht vorgesehen und sei nicht im Sinne einer gedeihlichen Zusammenarbeit.

zu 12.3 Anregung Herr Krause, SPD-Fraktion, zur Händelhalle

Herr Krause regte einen verfahrenstechnischen Umgang mit der Vorlage zur Händelhalle dahingehend an, dass bei unterschiedlichen Voten im Kulturausschuss und im Finanzausschuss die Vorlage in den Hauptausschuss aufgenommen werden müsse, welcher vor dem Vergabeausschuss stattfindet. Sollte es dort zu einer Beschlussfassung kommen, würde er anregen, dass die Option „wenn der Vergabeausschuss zustimmt“ in die Beschlussfassung aufgenommen werde.

Herr Lange, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates, informierte, dass das Verfahren zur Vorlage noch einmal genau geprüft werde.

zu 13 Anträge auf Akteneinsicht

zu 13.1 Antrag auf Akteneinsicht der FDP-Stadtratsfraktion

Es lag ein Antrag auf Akteneinsicht der FDP-Fraktion zum bisherigen Schulgarten vor.

Herr Lange, stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates, beendete die 42. öffentliche Sitzung des Stadtrates.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Hendrik Lange
stellv. Vorsitzender des Stadtrates

Anja Schneider
Protokollführerin